

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

so wie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stangl,
verantwortlicher Redakteur: Erik Paepflow, beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen.
für die dreispaltige Postzeitung oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 3181.

An die Mitglieder des Maurerverbandes!

In Frankfurt a. M. sind 1200 Kollegen ausgesperrt. Die Aussperrung bedeutet einen Angriff auf die Organisation, indem die Unternehmer beschlossen haben, mir Maurer zu beschäftigen, die schriftlich die Erklärung abgeben, daß sie unserem Verbands nicht angehören.

Kollegen allerorts! Unterstützt die Aussperrten in diesem schweren Kampfe! Haltet vor Allem den Zuzug fern und sammelt fleißig für den Streikfonds. Agitiert aber tüchtig für die weitere Ausdehnung und Stärkung unserer Organisation und zahlt die Verbandsbeiträge für dieses Jahr voll, bevor es Winter wird.

Der Verbandsvorstand.

Inhalt: Glossen zum Unternehmer-Verbandsstage in Karlsruhe. Flottenfrage und Zuchthausvorlage. — Rundschau. Die Regierung als Staatsanwalt. — Waageverordnungen. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Konferenzen.

Für die Provinz Brandenburg findet am 26. November eine Landeskonzert in Berlin statt. Es wird ersucht, die Delegiertenwahl, soweit dies noch nicht geschehen, sofort in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Total und Beginn der Konferenz wird in nächster Nummer bekannt gegeben.

Für den Agitationsbezirk Magdeburg findet eine Konferenz am 10. Dezember in Magdeburg statt. Total und Beginn der Konferenz werden später bekannt gegeben, doch wird gebeten, die Delegiertenwahl baldmöglichst vorzunehmen.

Alle Anfragen sind zu richten an Otto John, Endelstraße 23; Gebührenden wolle man dagegen an Karl Gentrich, Knochenhauerstraße 30, in Magdeburg, adressieren.

Th. Bümelburg, Generalbevollmächtigter.

Glossen zum Unternehmer-Verbandsstage in Karlsruhe.

Allemaal, wenn die Unternehmer auf ihren „Tagen“ versammelt waren, haben sie den Agitatoren und „Gehern“ der Arbeiterorganisationen eine Fülle Material zu ihrer Agitation geliefert, wie sie sich es besser gar nicht wünschen konnten. Auch der „Karlsruher Tag“ ist hinter seinen Vorgängern nach dieser Richtung hin nicht zurückgeblieben, er hat sie zum Teil weit überholt. Jedenfalls können wir mit dem Resultat zufrieden sein.

Daß die Herren Arbeitgeber des Baugewerbes nicht rosig in die Zukunft schaueten, zeigte schon die Eröffnungsrede des Herrn Felsch, die er bei der Eröffnung der „ersten Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Baugewerke“ hielt. In elegischem Tone erklärte er, daß man sich geirrt habe, als man in Breslau behauptete, der Verband (d. h. der Unternehmer) sei „eine reife Frucht, die nur gepflückt zu werden brauche“. Und in der That, die Erfolge, die die Unternehmer mit ihrer Verbandsgründung erreicht haben, sind nicht gerade ermutigend für sie. Ja, wenn es ihnen gelungen wäre, von den circa 25.000 Unternehmern im Baugewerbe auch nur die Hälfte zu ihrem Verbands heranzuziehen, dann hätten sie wohl Ursache zur Freude gehabt. Aber das Ziel werden sie nie erreichen, weil sie nach der Rede des

Herrn Felsch „ideale Interessen nicht vertreten, sondern nur das Ansehen, die Macht, und das eigene Geld“. Mit anderen Worten heißt das: Die Unternehmer suchen mit allen Mitteln, die nicht gerade in's Zuchthaus führen, durch die rücksichtslose Ausbeutung ihrer Arbeiter und schrankenlose Konkurrenz gegen Preisgleiches zu Reichtum und dadurch zu Macht und Ansehen zu gelangen. Weil ihnen ideale Interessen fehlen, werden sich deshalb auch die Unternehmer im Baugewerbe in ihrer Mehrheit nicht in einen Verband hineinpresse lassen, der ihnen in ihrem Streben nach schnellem Gewinn immerhin einige Schranken auferlegt.

In dem Geschäftsbericht, der von dem obersten Schachtmacher und Hezer, dem „Baumeister“ Felsch, erstattet wurde, wurde denn auch konstatirt, daß das Drängen nach dem „Bund“ nicht allzu groß ist. Von 67 Lokalverbänden sind nur 41 dem Bund beigetreten und davon haben wiederum nur 18 ihre Verpflichtungen erfüllt; es sind weder Beiträge eingegangen, noch hat man auf Anfragen geantwortet. Wie viel Mitglieder in den 18 „Bundtreuen“ Lokalverbänden organisiert sind, sagt der Bericht nicht. Und dieser geringe Erfolg hat nach der Darstellung des Herrn Felsch schon einer bedeutenden Arbeit seitens des Vorstandes bedurft, sonst wäre auch dieser noch nicht eingetreten. Man hat Agitationschriften versandt, sogar an die ehrenamtlichen Organe der Baugewerks-Berufsgenossenschaften; man hat Normalstatuten ausgearbeitet für die Lokalverbände, aber Alles hat nichts geholfen. Ebenfalls ist an alle Mitglieder die Aufzählung ergangen, keine Gesellen zu beschäftigen, die aus Streikorten kommen. Ferner ist aufgefordert worden, die Meister möchten nicht um Gesellen annoncieren; weiter wurde mitgeteilt, die einzelnen Meister möchten über die entstandenen Streiks an den Bundesvorstand Mitteilung machen. Auch diesem Wunsch ist nach keiner Richtung entsprochen worden.

Aber Herr Felsch ist ein tapferer Mann. Die bisherigen Mißerfolge haben ihn nicht entmutigt, er will weiter kämpfen, allerdings mit stärkeren Mitteln. Als eines der hervorragendsten Mittel betrachtet er die Aussperrung der Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland, „damit es mit den ungerechten Anforderungen ein Ende nehmen kann“. Außerdem wünscht er die Einführung von Entlassungssteuern, ohne die kein Maurer mehr Arbeit erhalten soll. Auch die Agitation, die er bei den Arbeitern so sehr hasst, scheint ihm notwendig zu sein, um zum Ziele zu gelangen; M. 20 bis 30.000 sind ihm das Wenigste, was jährlich dafür verwendet wird. Daneben soll aber auch noch ein Reservefonds geschaffen werden, dessen Höhe auf eine Million Mark

veranschlagt wird und aus dem nothleidende „Baumeister“ unterstützt werden sollen.

In der Diskussion, die sich auf der gleichen Höhe bewegte, wie der Geschäftsbericht des Herrn Felsch, erklärte Summert-Hamburg sich für gemäßigtere Arbeitgeberverbände. Er verwies dabei auf Hamburg-Altona, allwo der Arbeitgeberverband für die Sozialdemokratie ein Schreckbild sei. Wer ihm dieses Geheimniß verrathen hat, sagte Herr Summert nicht, den Arbeitern selbst dürfte nicht allzuviel davon bekannt sein. Ebenso wird es auch wohl den Arbeitern in Bremen ergehen, von denen Strudmann erklärte, daß sie vor dem Arbeitgeberbund dieselbe Angst hätten wie die Hamburger Arbeiter.

Ueber „Arbeitseinstellungen im Baugewerbe“ referirte der bekannte Schachtmacher Simon-Dreslau. Nach ihm haben die Streiks verschiedene Ursachen; sie beruhen zum Theil auf Forderungen nach höheren Löhnen und verkürzter Arbeitszeit, zum Theil seien sie Machtfragen.

Nein, Herr Simon, so ist es nicht. Die Streiks sind in ihrer großen Mehrheit auf die Halsstarrigkeit der Unternehmer, die sich in der Verweigerung der Mittel zur Aufbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter äußert, zurück zu führen. Nur verschwinden wenig Streiks im Baugewerbe auf andere Ursachen zurück zu führen; einen Machtstreik, d. h. einen Streik, um die Unternehmer zu vergewaltigen, haben die Arbeiter im Baugewerbe noch nie geführt, ja noch nicht einmal den Versuch dazu gemacht. Anders dagegen liegt die Sache bei den Unternehmern. Diese haben, wenn Arbeiter zur Erringung ihrer minimalen Forderungen, die sich immer nur auf wenige Pfennige pro Tag beschränken, in den Streik eintreten mußten, ihre ganze Macht aufgebieten, um nicht nur die „ausverschämten“ Forderungen zurück zu weisen, sondern die Arbeiter zu zerschmettern versucht. Stets haben sie, die Unternehmer, wenn sie Sieger im wirtschaftlichen Kampfe blieben, ihre ganze Macht in brutaler Weise dem Besiegten gegenüber in Anwendung gebracht, indem sie den Arbeitern ihre Organisation zerstörten. Und dieses werden sie auch in Zukunft thun, wenn sie sich stark genug dazu fühlen.

Die Zerstörung der Arbeiterorganisationen, des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, der ihm vor Allem am gefährlichsten erscheint, das ist das Ziel des Unternehmerverbandes, wie es sein Vorkämpfer in unverblümter Weise ausgesprochen hat. Die Worte des Herrn Simon, daß es das Bestreben des Bundes sein müsse, die berechtigten Forderungen der Arbeiter stets in konstantester Weise zu bewilligen, werden deshalb auch keinen Widerhall finden in den Herzen seiner Kollegen. Seine Worte werden überhört werden durch den Kriegsruf des Herrn Felsch: Massen-

ausperrungen zum Zwecke der Zerstümmung der Arbeiterorganisationen. Vielleicht ist dies auch der unausgesprochene Wunsch des Herrn Simon. In seinen weiteren Darlegungen tabelte Herr Simon die Nachgiebigkeit seiner Berliner Kollegen bei der letzten großen Aussperrung. Auch ist es ihm nicht nach der Mäße, daß die Lokalverbände des Unternehmerbundes, wie das in Berlin und auch noch in einigen anderen Städten geschehen ist, mit dem Vorsitzenden oder einem sonstigen Vertreter unseres Verbandes in Unterhandlung getreten sind. „Es ist eine Schwächung unserer Position“, sagte Herr Simon, „wenn unsere Lokalverbände mit Herrn Dömelburg in Hamburg in Verbindung treten.“

Die Augsburger Kollegen des Herrn Simon hatten sich im Gegensatz zu ihren Berliner Kollegen seiner vollsten Anerkennung zu erfreuen. Wenn er aber gewußt hätte, daß es den Augsburger Unternehmern nur mit den allerwertvollsten Mitteln möglich war, einen „risikolosen Sieg“ zu erringen, so wäre Herr Simon jedenfalls etwas vorsichtiger mit seinem Lob gewesen. Ober sollte es Herr Simon gar für erlaubt und ehrenhaft halten, wenn seine Kollegen ihr den Arbeitern gegebenes Wort brechen? Und dies haben die Unternehmer in Augsburg getan. Rein Geringerer als der bayerische Landtagsabgeordnete für Augsburg hat dies in einer Sitzung des bayerischen Landtages, in der über die Zuchthausvorlage verhandelt wurde, bekräftigt und verurteilt. Wenn Herr Simon aus solche „Siege“ stolz ist und sich deren freut, nun, so wollen wir ihm die Freude nicht verderben.

Es ist begreiflich, daß sich der Augsburger Vertreter durch das Lob des Herrn Simon sehr geschmeichelt fühlte, wenig Glauben wird aber seine Behauptung finden, daß sich die Unternehmer durch ihren „Sieg“ die Sympathien der Bevölkerung Augsburgs verschafft haben. Denker erbaudt als der Augsburger waren die Berliner Vertreter von der Rede des Breslauer Hofmaurermeisters. Die beiden Vertreter Westphalens und Obber weisen die Behauptung des Referenten, völlig besiegt zu sein, ganz entschieden zurück, und Herr Westphal sagte diesem Protest noch hinzu, daß es für die Unternehmer von der größten Wichtigkeit gewesen sei, daß Dömelburg den Verhandlungen der Schlichter-Kommission beigegeben habe. Herr Simon will das allerdings nicht gelten lassen. Nach ihm ist darin das größte Uebel zu erblicken, daß sich die Berliner Unternehmer dazu verstanden haben, mit dem Gewerbegericht zu verhandeln. „Ich kann“, so führte er aus, „nur bringen warnen, sich nicht mit diesen Gewerbegerichten einzulassen, weil in denselben nur Sozialdemokraten ihren Sitz haben.“

Auch Herr Felsch stimmte in diesen Warnungsruß ein, schloß aber dann die Debatte, weil er recht lebhaft Auseinanderlegungen befürchtete.

Als ein brauchbares Mittel zur Bekämpfung der organisierten Arbeiterkraft betrachtet der Unternehmerbund auch die Arbeitsnachweise auf unparteiischer Grundlage, d. h. man will die Mitwirkung der Arbeiter bei diesen Institutionen ausschließen. Das Referat zu diesem Punkt der Tagesordnung hatte Schoedel-Waggeburg, der aber nicht viel Neues zu Tage förderte. Interessant waren dagegen die Ausführungen des Herrn Sachmann-Berlin. Dieser Unternehmer hat mit dem Berliner Arbeitsnachweis alle Erfahrungen gemacht und steht daher der Errichtung von Arbeitsnachweisen, besonders solchen von unparteiischer, recht skeptisch gegenüber. Auch Herr Simon vertritt sich nicht viel Gutes von den Arbeitsnachweisen. Er meinte, es sei das Beste, jedem Arbeiter Arbeit zu gewähren, aber den Entlassungsschein einzuführen. Wenn es seitens des Unternehmersverbandes zum Prinzip erhoben werden sollte, jedem Arbeiter Arbeit zu geben, dann ist es uns nicht recht klar, welchem Zweck die Entlassungsscheine dienen sollen. Aber das will man ja garnicht. Durch die Entlassungsscheine will man es dem Unternehmer ermöglichen, eine Auslese zwischen den sich zur Arbeit Melbenden halten zu können. Wer sich „unliebsam“ gemacht hat, oder aus einem Streikort kommt, soll keine Arbeit erhalten, das ist des Pudels Kern.

Zum Schluß der Verhandlungen stand auch noch die Zuchthausvorlage zur Beratung. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß alle Unternehmer im Innersten ihres Herzens Anhänger dieses famosen Gesetzentwurfes sind. Nur Sachmann-Berlin hatte einige Bedenken formaler Natur, die aber Herr Simon bald zu zerstreuen wußte. Bei dieser Gelegenheit verkündete Herr Simon der staunenden Welt, daß er der freisinnigen Partei angehöre; die Politik habe aber mit den Bestrebungen des Arbeitgeberbundes nichts zu thun und deshalb könne man getrost für die Zuchthausvorlage eintreten. Es gelangte dann auch ein Antrag zur

einstimmigen Annahme, nach welchem die Regierung und der Reichstag ersucht werden sollen, „gelegliche Bestimmungen vorzubereiten und denselben zuzustimmen, welche unter voller Gewährleistung der den Arbeitern gewährten Koalitionsfreiheit Auswüchse derselben beseitigen und sowohl Arbeitswilligen als auch den Arbeitgeber den nötigen Schutz gewähren“.

Nachdem man nun noch dem Vorstände M. 20 000 zur Agitation bewilligt hatte, gingen die Herren vergnügt auseinander.

Der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, der vom 22. bis inkl. 25. März d. J. in Berlin stattfand, beschloß im vierten Punkt der Tagesordnung: „Lafit bei Lohnbewegungen und Stellung des Verbandes zur Frage der Tarifgemeinschaft“ eine Resolution, in der es u. A. heißt:

„Der Verbandsschäftsstellen allerorts wird die Verpflichtung auferlegt, bei Ueberreichung etwaiger Forderungen und Wünschen an die Arbeitgeber auch um Unterhandlungen nachzugehen und, falls am Orte eine Arbeitgeberorganisation besteht, von dieser zu verlangen, mit der Gesellenorganisation einen korporativen Arbeitsvertrag von ein- bis höchstens zweijähriger Dauer abzuschließen; mit der Maßgabe, daß nach Ablauf des Vertrages die beiderseitigen Organe zusammenzutreten, um über Verlängerung des Vertrages, resp. Änderungen desselben, Beratung zu pflegen und vorbehaltlich der Genehmigung der Mandatgeber Vereinbarungen zu treffen.“

Als selbstverständlich wird es betrachtet, daß abgeschlossene Verträge auch beiderseitig gehalten werden müssen.“

Von diesem Beschluß ist der Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe durch eingeschriebenen Brief Kenntnis gegeben. Das diesbezügliche Vorstandsschreiben lautet:

„In die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Karlsruhe. Sechste Generalversammlung!“

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer und verwandten Berufsgeoffnen Deutschlands zu Berlin im Monat März beschloß sich u. A. auch mit der Frage „Tarifgemeinschaft“ und kam, gestützt auf die seit Jahren in vielen Orten Deutschlands gemachten guten Erfahrungen, zu dem Schluß, daß eine gegenseitige Vereinbarung über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer liege, und daß Differenzen am besten auf gutlichem Wege zu beseitigen seien.

In Anbetracht dessen verpflichtet der Verbandstag die Verbandsschäftsstellen allerorts, auch in Zukunft bei Ueberreichung etwaiger Forderungen und Wünschen an die Arbeitgeber, um Unterhandlungen nachzugehen, und, falls am Orte eine Arbeitgeberorganisation besteht, von dieser zu fordern, mit der Gesellenorganisation einen korporativen Arbeitsvertrag abzuschließen; mit der Maßgabe, daß nach Ablauf des Vertrages, die beiderseitigen Organe zusammenzutreten, um über Verlängerung des Vertrages, resp. Änderungen desselben, Beratung zu pflegen und, vorbehaltlich der Genehmigung der Mandatgeber, Vereinbarungen zu treffen.

Indem wir der geehrten Generalversammlung Vorstehendes zur gefälligen Kenntnisnahme unterbreiten, gestalten wir uns, zu bemerken, daß untererseits die Verbandsschäftsstellen angewiesen sind, im Sinne des oben genannten Beschlusses zu handeln. Wir selbst werden streng darüber wachen, daß einmal abgeschlossene Verträge gehalten werden, wie wir uns auch bereit erklären, bei Verletzung neuer Verträge mitzuwirken.

In der Erwartung, daß die geehrte Versammlung bei Beratung ihrer Tagesordnung der Beschluß unseres Verbandstages in richtiger Weise würdigt, gleichmäßig Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer u. verw. Berufsgeoffnen Deutschlands.
S. A.: H. Dömelburg, Vorsitzender.

In dem ausführlichen Bericht unseres Spezialkorrespondenten, der sich auch mit dem in der „Baugewerks-Zeitung“ veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes durchaus bezieht, ist mit keinem Worte dieses Schreibens Erwähnung getan. Es ist demnach nur zweierlei möglich: Entweder hat Herr Felsch, an den der Brief adressiert war, der Generalversammlung keine Kenntnis von ihm gegeben, oder alle Redner der Generalversammlung haben es für unnötig gehalten, auf das Schreiben sowie auf den Beschluß unseres Verbandstages einzugehen. Dies ist aber wohl nicht anzunehmen. Neben den Scharmachern Felsch, Simon und Anderen waren auch Unternehmer auf der Generalversammlung anwesend, die den Arbeiterorganisationen weniger feindselig gegenüberstehen und gerne in eine Diskussion darüber eingetreten wären, ob sich nicht eine Vereinbarung mit diesen herbeiführen lasse. Es bleibt also nur die Annahme übrig, daß Herr Felsch es absichtlich unterlassen hat, den Brief zur Kenntnis der Generalversammlung zu bringen. Es mußte eben scharf gemacht werden unter allen Umständen. Die Bestrebungen mußten in ihr Gegenteil umgekehrt werden: es mußte gelogen und verleumdet werden, denn sonst konnte man ja nicht im Trüben fischen. Herr Felsch hat nie in seinem Leben sein Geschäft als Baumeister praktisch ausgeübt und aller Voraussicht nach wird er dies auch in Zukunft nicht thun, er hat also kein erkennbares Interesse daran, ob den Forderungen der Arbeiter Genüge getan wird oder nicht; ihm geht dabei kein Pfennig verloren und er gewinnt keinen.

Er ist glücklicher Eigentümer der „Baugew.-Ztg.“, die ihm ein erkleckliches Einkommen verbürgt; er ist außerdem Vorsitzender der Norddeutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, welche Stellung ihm jährlich ebenfalls M. 12 bis 15 000 einbringen dürfte, und nebenbei ist er Vorsitzender des Arbeitgeberbundes, wofür ihm jedenfalls auch eine nicht unerhebliche Gratifikation gezahlt wird. Und damit ihm seine Abonnementen verbleiben, damit er seiner „ehrenamtlichen“ Posten, die glänzend honorirt werden, nicht verlustig geht, deshalb muß er sich die Unternehmer des Baugewerbes zu Freunden halten, und er glaubt dies nicht besser thun zu können, als daß er sie gegen die Arbeiter aufhebt. Würden Frieden und Ruhe im Baugewerbe eintreten, dann würde es mit seiner Herrlichkeit bald aus sein.

Ob den „freisinnigen“ Herrn Simon ähnliche Motive leiten, wissen wir nicht. Fest steht aber, daß er in seiner Rede über die Arbeitsvereinbarungen nicht mit der nötigen Objektivität verfahren ist. Er mußte wissen, daß die Gesellenorganisationen noch nie einen Machtstreik geplant, geschweige denn inszeniert haben. Er hat das Gegenteil behauptet, zum Zwecke der Täufchung seiner Kollegen und um sie gegen die Arbeiter aufzuheben. Das genügt, um ihn zu kennzeichnen.

Was die Bundes-Unternehmer für die Zukunft gegen die Arbeiterorganisationen planen, ist mit ziemlicher Deutlichkeit ausgesprochen, es bedarf das keiner Wiederholung. Den Arbeitern droht die Vernichtung ihrer Organisation, wenn sie sich schwach und gleichgültig zeigen, und dies ist gleichbedeutend mit der Einschränkung ihrer Lebenshaltung.

Nur eine starke, nach innen wie nach außen kräftige Vereinigung aller Berufsgeoffnen vermag dem Ansturm des Unternehmertums Stand zu halten.

Berufsgeoffnen! Sorgen wir bei Zeiten dafür, um ein Wort des Herrn Felsch zu gebrauchen: daß wir unser Haus, die Organisation, ausbauen, damit die Räume des Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen. Jetzt ist es Zeit, dieses zu thun, später wird es uns vielleicht nicht mehr möglich sein.

Flottenfrage und Zuchthausvorlage.

Die aus der Zuchthausvorlage resultierende Spannung der interpolitischen Situation hat noch kurz vor dem am 14. November erfolgenden Wiederzusammentritt des Reichstages eine gewaltige Verstärkung erfahren. Sichere Anzeichen dafür waren zu erkennen in einer Rede, die der Kaiser hier in Hamburg am 18. Oktober anlässlich des Stapellaufes eines neuen Kriegsschiffes hielt. Er führte Klage darüber, daß die Kriegsslotte nicht ausreichen sei, ihre Aufgabe zu erfüllen und meinte, es sei notwendig, sie zu verstärken; das Volk müsse, den Parteien entgegen, die Opfer bringen, die Deutschland Bestätigung der Stellung erfordere.

Bekanntlich sind erst in verfloffenen Jahre durch ein mit Hilfe des Reichstages zu Stande gebrachtes Flottengesetz, unter Abzug des Staatsrechtes auf sechs Jahre, dem Volke neue gewaltige Lasten aufgebürdet worden. Es soll nach diesem Gesetz binnen sechs Jahre für die Flotte die Summe von 997 Millionen Mark

berausgabt werden! Die Regierung hätte sich dem Reichstage gegenüber verpflichtet, mit neuen Forderungen innerhalb dieser Zeit nicht hervorzutreten.

Um so überaus merkwürdig war die erwähnte Rede des Kaisers. Dem erfahrenen Politiker war dieselbe ohne Weiteres ein Beweis, daß an „maßgebender Stelle“ bereits abermals eine Vermehrung der Flotte projektiert sei. Wenige Tage später erfolgte denn auch in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung die offiziöse Ankündigung eines neuen Flottengesetzesentwurfes, der dem Reichstage alsbald nach seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden soll.

Dieser Entwurf will für 17 Jahre (1901—1917) die Ausgaben für den Neubau von 48 großen Schiffen festgelegt wissen! Also auf ein halbes Menschenalter soll sich der Reichstag binden, soll er sich des verfassungsmäßigen Rechtes berauben, in Marinefragen mitzureden! Mit den 48 großen Schiffen allein aber ist's nicht getan; es kommt hinzu die Vervollständigung der übrigen Flottenbestandteile bis zu den Torpedobooten hinunter. Die Ausführung dieses Projekts würde den Aufwand der „Kleinigkeit“ von

einer Milliarde Mark

erfordern. Es ist dabei in Betracht zu ziehen, daß in den 28 Jahren von 1872—1898 insgesamt weit über 1500 Millionen Mark für die Marine verausgabt worden sind.

Die neue Milliarde, welche jetzt verlangt wird, fällt natürlich nicht vom Himmel herunter; sie muß aufgebracht werden. Die Frage ist nur die:

Wer hat sie aufzubringen?

Flottenbesitzer Nationalliberale Blätter meinen dieser Tage mit komisch witzendem „heiligen Ernst“, die Wohlhabenden und Reichen unter den deutschen Steuerzahlern

würden den Überwiegenden Theil der neuen Lasten auf sich nehmen müssen, denn der gemeine Mann dürfe nicht weiter belastet werden, er hat an den bestehenden Lebensmitteln...

Arbeitenden Klassen

Ihre schwer erwerbenden Großen hergeben müssen — die deutschen Arbeiter, die jetzt schon im Verhältnis zu ihrem Einkommen das Besondere und weit Darüber hinaus an indirekten Steuern zahlen...

Erhöhung der Getreibeizelle

an, die bekanntlich das arbeitslose Volk mit am schwersten drücken. Auf diese Weise kann die Regierung sich die Unterstützung der Agrarier, der privilegierten Pächter...

Kommt der neue Flottenplan zur Ausführung, so werden die Agrarier und einige am Schiffbau interessierte Großindustrielle ihr Geschäft machen.

Die Arbeiter haben nicht die geringste Ursache, sich für Flottenvermehrung und Weltmachtspolitik zu begeistern, zumal ihnen daraus immer neue Belastungen erwachsen.

Man aber die Arbeiter, um die Folgen dieser Verheerung zu sich abzuwenden, um Weis und Kind nicht der Weltmachtspolitik zu Liebe haben zu lassen, ihr Koalitionsrecht anzuwenden, um bessere Löhne zu erlangen...

Das selbe Reichsflag, dem man die Annahme des neuen Flottenplanes und damit auch die Aufhebung der damit sich ergebenden, die Arbeiter schwer treffenden Konsequenzen zumittel, soll auch die gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtete...

Marinevorlage, Erhöhung der Lebensmittelpreise und Steuern und — Zuchthausvorlage! Das reicht sich nach Ansicht gewisser Leute ganz prächtig zusammen, obgleich das Volk der Verwirklichung dieser...

Das wird die Regierung allerdings nicht thun. Der Konflikt zwischen ihr und dem Reichstage droht von zwei Seiten — aus der Zuchthausvorlage und aus der Flottenfrage. Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß für die neuen Forderungen der Regierung eine Majorität sich findet.

Reichstags-Ausführung!

Berufs- und Parteigenossen! Der stetig wachsende Ernst der innerpolitischen Situation möge Euch eine gewaltige Mahnung sein, Euer Neuhäufes zu thun für die Erhaltung und Ausbreitung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation.

Rundschau.

Streitprozeß. Ein Aufsehen erregendes Urtheil fällt die Strafkammer des Landgerichts in Halle a. S., unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten König, gegen den Maurer Engelmann aus Schöneberg, der vom dortigen Schöffengericht wegen Verleumdung des arbeitwilligen Maurers Dellsch aus Wehlitz zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war...

Die internationale Streikstatistik der Berliner Halbmonatsschrift 'Der Arbeitersinn' ergibt, daß die Zahl der neu begonnenen Streiks nach vorübergehendem Sinken im August im September sich wieder wesentlich erhöht hat.

Die Lebensmittelpreise sind allgemein im Steigen begriffen. Wie aus den regelmäßigen Lieferungen der Markthallenpreise in der Berliner Halbmonatsschrift 'Der Arbeitersinn' hervorgeht, ist die Preissteigerung bei Kartoffeln und Butter besonders merkwürdig.

Die Regierung als Staatsanwalt. Der 'Vorwärts' schreibt: Für das Verhältnis der Verwaltungsbehörden zu der Justiz sind zwei Gesichtspunkte von auffälligem Werthe, die, weil sie gekümmert sind, naturgemäß in unserem Lande beröcklicht werden müssen.

Im vorigen Jahre wurde in Halle die Filiale des Verbandes der Fabrik-, Band- und Hülfenarbeiter und der Arbeiterinnen Deutschlands politisch geschlossen. Das Landgericht bestätigte die Schließung, weil die politischen Ermittlungen ergeben hätten, daß ein die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdender sozialdemokratischer Mißbrauch des Vereinsrechts vorliege.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Betrifft den Verband der Fabrik-, Band-, Hülfenarbeiter und Arbeiterinnen. O. P. 10 648.

Im der Hauptversammlung vom 21. Januar 1899 sind die Angelegenheiten entgegen dem Antrage der Staatsanwaltschaft freigesprochen worden. Wegen dieses Erkenntnis vor Revision eingeleitet worden.

Bereit den Zweck habe, politische Gegenstände zu erörtern, auch das Erkenntnis eines Reichsgerichts nicht erkennen ließ, so ist die Revision zurückgezogen worden.

Der Herr Oberstaatsanwalt in Halle — wie ich zur vertraulichen Kenntnismache mittheile — der Auffassung, daß es nur einer fortgesetzten und geschickten politischen Überwachung der ferneren Verfassungen der Arbeiterbewegung bedürfe, um so viel beladene Material zu beschaffen, daß bei einem erneuten Vorgehen auch bei den mit einer Anklage angangenen Gerichten sich die Überzeugung von der politischen Natur des Verbanbes herausbilden dürfte.

Ich erwäge, die Bewegung fortgesetzt im Auge zu behalten und zu veranlassen, daß etwaige Gesetzwidrigkeiten von Mitgliedern des Verbandes oder seiner Nebenstellen zur Bekämpfung gelangen.

In einem landräthlichen Begleitschreiben zu diesem Erlaß heißt es:

Ab schrift vorstehenden Erlasses überende ich den Orts-Polizeibehörden zur Kenntnismache und genauesten Beachtung, sowie mit dem Auftrage, die weitere Entwicklung des Verbanbes und seine Weiterungen sorgfältig zu überwachen. Der Verband ist nach meinen Wahrnehmungen das gefährlichste Organ der Sozialdemokratie im hiesigen Kreise, weil er die Agitation unter die landwirtschaftlichen Arbeiter zu tragen beflissen ist.

Außerdem steht ich bis zum 1. Juli jedes Jahres einer Anzeige harter entgegen, ob der Verband im vorigen Polizeijahre Nebenstellen errichtet hat und eventuell wo, und welche Maßregeln hinfällig gegen den Verband obereits ergriffen worden sind.

Der Landratskassens-Verwalter.

Es ist ein sehr ersehntes Zusammenreffen, daß derselbe Herr v. Doettiger als Oberpräsident Anweisung gibt, auf Verlesungen gegen den § 8 des Vereinsgesetzes zu fahnden, der als Minister das Versprechen des Fürsten Hohenzollern, das Verbot für die Vereine aufzuheben, mit der feierlichen Versicherung bekräftigt hatte, daß die vom Reichstange abgegebene Erklärung eine rechtlich und politisch unannehmbar ist.

Wir haben bisher nichts davon gehört, daß Herr v. Doettiger mit diesem Erlaß etwa die Polizei gegen den Flottenverbot mobil gemacht hat, der zweifellos politische Zwecke verfolgt und ebenso zweifellos gegen den § 8 fortgesetzt besteht.

Die 'Gesellschaft' ist jenseitig unpolitischen Vereins ist also der einzige Grund, um den liberalen Herrn Oberpräsidenten und seine unterstellten Landräthe an die Schranken des § 8 zu erinnern, der mit so raffinierten Fangweiser ausgestattet ist, daß die Natur selbst mit der Fingertippen ihrer Insekten freilebenden Pflanzen dagegen nicht auskommen kann.

Die wichtigste, unsere gemeinsamen Interessen verbindende bedeutende Aufgabe aber, die diesen Schriftstücken zu entnehmen ist, liegt in dem vertrauten Zusammenarbeiten der Verwaltung und der Justiz. Ein Landgericht erkennt in einer ganz geringfügigen Angelegenheit auf Freisprechung, der Staatsanwalt legt Revision ein, die er aber zurückzieht, weil sie aussichtslos ist.

Jetzt versteht man manche, blesst alle Vorgänge in unserer Rechtspflege. Staatsanwaltschaften, unterstützt durch die Regierung selbst, lenken und leiten die geheimen Fäden. Die Justiz ist ihnen ein Mittel, politische Gefährten abzuwehren. Wer ist so stark und charakterfest, sich solchen Einflüssen ganz zu entziehen. Man versteht, wie es kommt, daß täglich nach gewissen politischen Fundamenten überall gleichzeitig eine bisher unbillige Rechtsprechung eintritt, wie Vergehen, die bisher gänzlich oder gering bestraft wurden, auf einmal mit eigener Strenge abgeurtheilt werden.

Die Gerechtigkeit, die man innerhalb der Regierung selbst vermisst, hat sich dafür zwischen den beiden Gewalten gebildet, die nach der modernen Staatsauffassung streng getrennt werden sollen: zwischen der Verwaltung und der Justiz. Die Staatsanwaltschaft erscheint nicht mehr bloß als Vermittler zwischen den Gewalten, sondern die Verwaltung selbst erscheint in der Mode des Staatsanwalts.

Baugewerblides.

* Fähigkeit der Bauarbeit. Altona. Ein Gerichteinsturz fand am 31. Oktober infolge des furchtbaren Unwetters auf einem Neubau in der Moorstraße in Dittenen statt. Dabei wurden die Steinblöcher A. Müller und A. Gahmer von den herabstürzenden Wänden und Brettern getroffen. Ersterer erlitt einen Schädelbruch und Retterer eine Beinverletzung. Die Sanitätskolonne der Feuerwehr brachte Müller nach dem städtischen Krankenhaus und Gahmer nach seiner Wohnung.

Berlin. (Schreibersburg.) Auf dem Grundst. Neue Königsf. 7. der Eigentümers, Malermeister Wobdenstein, verschiedene Arbeiten ausführen. Auf dem Hofe war rechts an der linken Giebelwand das Dachstuhlgrundstück ein hohes Feuertentorium errichtet worden. Die fünf Feuertentorien wurden durch ein Schwert in der Höhe des zweiten Stockes von dem der Giebelwand gegenüber liegenden Seitenflügel aus abgetheilt. Der Vordachstuhl entzogen waren sie jedoch nicht mit der Giebelwand durch eiserne Säulen verbunden. Die Malerarbeiten waren fertig, und fünf Leute begannen am Morgen des 1. November mit der Abrückung der Giebelwand. Zwei Duerlagen waren bereits abgerückt, ohne daß einer der Arbeiter an der Mauer arbeitete. Die Arbeiter, die unten standen, fanden noch Zeit, bei Seite zu springen und kamen so unversehrt davon. Der Arbeiter Scholz, und der Arbeiter Hermann Kanbler, aus der Schützenstr. 16 dagegen, die sich oben auf der dritten Duerlage befanden, führten in die Tiefe. Scholz gerieth zwischen zwei zusammenbrechende Balken und zog sich schwere Verletzungen zu. Beide Beine wurden ihm zweimal gebrochen, aber dem Fußgelenk und unter dem Knie. Auf dem Willard einer auf dem Grundst. gelegenen Geschäftlichkeit legte ihm ein Arzt der Rettungsgesellschaft einen Nothverband an; dann brachte ein Rettungswagen den Verunglückten, der beachtet und unter mehreren Säulen, in noch dem Krankenhause am Friedrichshain. Kanbler, der zwischen Giebelwand und Mauer hinarabfiel, kam besser weg. Er zog sich Hautabschürfungen und Quetschungen am rechten Oberarmel zu und konnte, nachdem er die erste ärztliche Hilfe erhalten hatte, seine Wohnung aufsuchen. Die Arbeiten wurden auf Veranlassung der Polizei eingestellt.

Wieselsb. Bei den Ausschlagungsarbeiten in der Eisenstraße von Droop & Klein gab das Erdbeben nach und verschüttete die Mauer Lange, Röde und Brinkmann. Lange wurde getödtet, Röde schwer verletzt. Was war nun die Ursache zu diesem Unglück? Die schon so oft gerügte Nachlässigkeit in der Herstellung von Einrückungen zum Schutze der Arbeiter! Das ausgeschlagte Erdreich besteht aus aufgeschüttetem Sand und Schutt, ist also nicht fest, sondern locker. Obwohl nun Röde von der Mauer auf die Nothwendigkeit des Absprengens aufmerksam gemacht hat, ist trotzdem nicht abgepreit worden. Die Maurer Wieselsb. berichten in August Lange einen braven organisierten Kollegen.

Frankfurt a. M. Am 30. Oktober stürzte der 84jährige Maurer Nikolaus Meigner, wohnhaft in Schwabebach, gehörig aus Neuenhain, im Neubau von Algieier am Oppensheimerplatz vom vierten Stock herab. Man schaffte den Verunglückten, der beachtet und unter mehreren Säulen ist, in die Wundenheilerei Klinik. Die ärztliche Hilfe vermochte ihn nicht zu retten. Meigner starb bald nach der Entlieferung. — Am 1. November, Nachmittags, stürzte an dem Neubau des Bauunternehmers Geisel in der Kollnitsstraße ein etwa drei Meter hohes Gerüst ein, auf dem der Maurer Konr. Stiedenreiter und der Tagelöhner Wllf. Wille, beide aus Waldhof, arbeiteten. Beide wurden verletzt; Wille mußte in das Heiligengeisthospital gebracht werden. — Auf einem Neubau in der Kollnitsstraße ereignete sich am 3. d. M. ein schwerer Unfall. Man war dort beschäftigt, an dem vierstöckigen Bau, der schon bis zur vollen Höhe vorgehalten ist, einen mehrere Zentner schweren Sandstein in die Höhe zu heben. Als der Stein die Höhe des zweiten Stockes erreicht hatte, stürzte er herunter. Die Erschütterung des Gerüstes war so stark, daß zwei der am vierten Stock arbeitenden Leute in die Tiefe geschleudert wurden. Die Verunglückten sind der etwa 30 Jahre alte Ludwig Friedrich aus Wassenwiesbach und der ebenso alte Ludwig Fischer, der hier in der Mollstraße wohnt. Beide sind erheblich verletzt. Fischer konnte sich in seine Wohnung begeben, Friedrich wurde mit dem Fahradwagen der Samariterwache nach dem Heiligengeisthospital gebracht.

Artb. Am 1. November verunglückten an einem Neubau beim Aufsteigen eines Sandbattes drei Arbeiter, indem sie vom dritten Stockwerk abstiegen. Einer von ihnen trug eine erhebliche Stirnwunde davon. Er befindet sich im städtischen Spital, die beiden Anderen wurden leichter verletzt.

Hamburg. Ein schwerer Unglücksfall hat sich am 30. Oktober gegen 5 Uhr in der Spitalstraße zugetragen, woselbst ein Malergeselle von einem Gerüst aus der Höhe des dritten Stockwerkes abstürzte und schwere innere Verletzungen erlitt. Nachdem der Verunglückte in der Feuerwache in der Spitalstraße verbunden worden, brachte man ihn ins Allgemeine Krankenhaus, woselbst er in einer halben Stunde verstarb.

Berlin. (Sig. Ver.) Am Neubau des königlichen Regierungsgedäudes verunglückte der Maurer Carl. Föbe am 28. Oktober zwischen 3-4 Uhr dadurch, daß er beim Überklettern eines Gerüstes auf dem unteren Ende des Gerüstes fiel. Er wurde in das städtische Krankenhaus überführt, wo er nach 24 Stunden seinen Verletzungen erlegen ist. Er hatte eine schwere Schädelwunde und andere Verletzungen erlitten. Krautheim (Unterf.). Am 28. Oktober sind ein neuerbaute Werkeller und das auf demselben neuerrichtete Gebäude teilweise eingestürzt, wodurch zwei Arbeiter ihren Tod fanden und zwei andere schwer verletzt wurden. Untenmies der Zeichner des Bauwerks scheint das Unglück veranlaßt zu haben.

Leipzig. Am Nahtbauneubau verunglückte ein 33 Jahre alter Arbeiter dadurch, daß er beim Fortbewegen eines circa acht Zentner schweren Steines mit dem Fuße unter den Stein gerieth und einen komplizierten Bruch der großen Zehe erlitt. Der Mann fand Aufnahme im Stadtfrankenhaus.

Stettin. (Sig. Ver.) Auf dem Neubau des Unternehmers Schulz stürzte am 3. November, Nachmittags, der Maurer Carl Wolowitsch von der Gleise einer Etage in einer Höhe von 3½ bis 4 m ab und zog sich einen Oberarmelbruch zu, wahrscheinlich auch noch andere Verletzungen. Er wurde sofort nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhaus „Bethanien“ gebracht.

Bauarbeiterrecht in Bayern. Die vom Staatsministerium einberufene Kommission, die gutachtlich darüber bestimmen werden soll, wie den zahlreicheren Unfällen in der Bauernbranche vorgebeugt werden kann, hat am 30. Oktober getagt. Die Beratungen erstreckten sich auf zwei Sitzungen von zusammen siebenstündiger Dauer. Zu den Beratungen waren seitens des Ministeriums berufen: Der Fabrikinspektor für Ober-

Bayern, der Kreisbauwart, ferner Bauarbeiter aus Augsburg, Nürnberg, München (Boll), der Vorsitzende der Bauernvereinsvereinsgenossenschaft (Gabelberg), mehrere Architekten, ein Versicherungsassessor, Karlher Gebe der Professor Albert Schmitt (Vorsitz), der Bauarbeiter, der Maurer W. B. D. I. I., And. G. e. m. m. und Fred. Schmitz. Geleitet wurden die Verhandlungen durch einen Ministerialrat. Das Resultat der Verhandlungen ist dahin zusammenzufassen: Die Nothwendigkeit einer besseren Baukontrolle wurde am Schluß fast einhellig anerkannt. Ebenso wurde die Einigkeit darüber erzielt, daß die Verfertigung der bisherigen Baukontrolle kündigung sei und aus praktischen Bauarbeiten bestehen müsse. Die näheren Bestimmungen über die erforderliche Zahl werden noch getroffen. In Betreff der Vor schläge beim der Wahl der Baukontrolle ist eine Einigung nicht erzielt worden. Die Unternehmer bestanden darauf, daß ein Teil der Kontrolle von der Firma und der andere Teil von den Bauarbeitern in Vor schlag gebracht werden soll, die dann gewählt und nach Möglichkeit zur Anstellung gelangen sollen. Die Arbeitervertreter forderten jedoch, daß dem Bauarbeiter allein das Vorschlagsrecht gewahrt werden müsse. Endgültig ist die Angelegenheit noch nicht geregelt.

Die Kommission für Bauarbeiterrecht in Düsseldorf erstattete die Bauarbeiter-Kommissionen in Rheinland und Westfalen, und wo solche noch nicht bestehen, die Bauarbeiterorganisationen, z. B. die Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Schlichter, Bauknechte, Bauarbeiter, Maler und Tischler, Stein- und Bildhauer, Zementarbeiter und Bauhilfsarbeiter, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob es nicht möglich wäre, eine Konferenz abzuhalten, um: 1. auf dem Gebiete des Bauarbeiterrechtes eine einheitliche Regelung zu erlassen und 2. die Bildung einer Landeskommission für Rheinland und Westfalen in die Hand zu nehmen. Alle Zuschriften sind an Herrn. Esuchen, Fischerstr. 19 in Düsseldorf, zu richten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Angesperrt sind die Verbandskollegen in Alzei, Frankfurt a. M. und Byritz in Pommern.
Zu Arbeit befinden sich die Maurer in Hanau, Minden, W. Norderny, Offenbach a. M. und Ewinemünde.

**Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Lamp in Eidelstedt, Brinckmann in Stellingen, Jäger und Seeger in Neuzelle, Doest in Halle (Saale), Grose & Sohn in Kirstenberg a. d. O., Dintloh in Zieslobn, Reisch und Gebr. Eder (Hofneubau) in Speyer, Raune in Hamburg, Berger in Hilsburg-hausen, Kleink, Tant, Kumm, Jäd und Wandrey in Pöbejud, Rinke in Torgelow, Georg Bauer und Valentin Lemm in Wetzshausen, Ausmeyer und Krone in Braunschweig, Würdig & Sohn in Greifenhagen, Paskevall Maschett, Lorenz Schwarz I und II und Heint. Faust in Niederrolm.
Zuzug ist weiterhin fern zu halten von Hab Nauheim und Jwidau.**

Die Sperre über den Bau Wallingshofal des Unternehmers C. A. Schmidt-Böcking ist aufgehoben. Schmidt bewilligte eine Lohnzulage von ungefähr zwei Pfennig pro Stunde und versprach im Uebrigen, für humane Behandlung der Gesellen und gutes Logis Sorge zu tragen. Nachregelungen sollen nicht stattfinden. In demnächst stattfindenden Verhandlungen sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr und für den ganzen Kaiserwalder Bezirk geregelt werden.

Aus Wald geht uns telegraphisch die Meldung zu, daß die Sperre über das Baugeschäft Schütz aufgehoben ist. Am 1. d. M. haben in Gollnow 21 Kollegen, die bei dem Unternehmer M. Käher in Arbeit standen, die Arbeit eingestellt, weil sie nicht mit unorganisierten Kollegen zusammen arbeiten wollten. — Bei Schluß des Blattes erhalten wir die telegraphische Nachricht, daß die Sperre aufgehoben ist.

Der Streik in Norderny ist bis auf Weiteres verlagert worden. Der Zuzug nach dort ist jedoch noch fern zu halten, da noch mehrere beachtliche Kollegen ohne Arbeit sind.

Zu einer Arbeits-Einstellung ist es am 31. Oktober in Greifenhagen i. P. bei der Unterfirma M. r. d. i. g. & S. o. h. n. gekommen. Die Gesellen hatten allen Unternehmern die Forderung auf Erhöhung des Lohnes von 27% auf 30 % zugehen lassen, die auch von den Unternehmern bis auf die obige Firma bewilligt wurde. Die Streikenden sind bis auf zwei Mann abgerückt.

Aus Halle (Saale) wird uns geschrieben: Durch die Abnahme der Arbeit glauben verschiedene Innungsmeister die Beschlässe nicht mehr halten zu brauchen, welche im Sommer bei Vermeidung des Streiks gefaßt sind, denn der Maurermeister Grothe hat mehrere Maurern den Lohn gestützt. Es scheint, als sollten die hiesigen Kollegen ausgemergelt werden, denn es würden zehn Italiener eingestellt, welche aber sofort die Arbeit niederlegten, als sie erfuhr, daß die hiesigen Kollegen Fortabends kommen sollten. Trotzdem wurden aber mehrere Kollegen entlassen und dafür Andere eingestellt. Da noch bei einiger anderen Unternehmern Differenzen schweben, erlauben wir, den Zuzug nach dort fern zu halten.

Die Kollegen in Nieder-Elm sind mit den Unternehmern in Differenzen gerathen. Geleitet sind die Bauten der Unternehmer Paskevall Maschett, Lorenz Schwarz I und II und Heint. Faust. Der Unternehmer Peter Jant III hat die Forderungen bewilligt.

Die Kollegen in Minden i. W. sagen, daß trotz aller Bekannmachung in unseren Blättern immer noch Verbandskollegen durch das Zutreten der Unternehmer in bürgerlichen Zeitungen sich berücken lassen, nach dort zu kommen und die Arbeit aufzunehmen. Wir wollen in Anlaß dessen ganz besonders scharf darauf hinweisen, daß alle die Verbandsmitglieder, die in Minden die Arbeit aufnehmen, bevor der Streik für beendet erklärt worden ist, sich außerhalb des Verbandes gestellt haben

und als ausgeschlossen zu betrachten sind. Wenn seine Verbandsmitgliedschaft also noch etwas werth ist, der melde die Streiforte.

In Braunschweig legten die Maurer und Bauarbeiter des Unternehmers Krone die Arbeit nieder, wegen Maßregelung eines ihrer Kollegen. Ueber das Geschäft ist die Sperre verhängt. Ueber die Streiks in Hanau und Offenbach ist Neues nicht zu berichten.

In Frankfurt a. M. sind am 4. d. Mts. 1200 Kollegen von den Unternehmern ausgesperrt worden. Die Veranlassung hierzu liegt in dem durch die nachstehenden, zwischen der Lohnkommission der Gesellen und der Unternehmerorganisation geschlossenen Schriftstücken wieder. Das erste Schreiben lautet: Verband hauptgewerblicher Unternehmer Frankfurt a. M. Frankfurt a. M., den 28. Oktober 1899.

Die Lohnkommission der Maurer in Frankfurt a. M. u. Umg. zu Händen des Herrn Geint. Gerborn, Sier, Saalgrasse 29.

- Es wird uns mitgetheilt:
1. daß bei der Firma Th. Streit an drei Baustellen eine Arbeitseinstellung der Maurer erfolgte, weil organisierte mit nicht organisierten Maurern zusammen an einer Baustelle beschäftigt werden sollten; theilweise gefaßt die Arbeitseinstellung sofort, ohne Kündigung;
 2. daß bei der Firma Gohs & Arch Kündigung der Maurer stattfand aus derselben Veranlassung;
 3. daß bei der Firma Franz Probst Kündigung seitens der Maurer eingetreten, weil der geforderte Tagelohn von 48 % pro Stunde nicht bewilligt wurde, während Jhnen und den Maurern doch bekannt ist, daß die Feststellung höherer Lohnsätze, als die festgesetzten nur durch den unterzeichneten Ausschuss gefaßt werden kann;
 4. daß bei der Firma F. L. Krauer eine Arbeitseinstellung der Maurer aus ähnlichen Gründen erfolgte.

Wir erklären hiermit, daß wir uns ein veranlagt, vollständig und absolut unzulässiges Vorgehen nicht bieten lassen und fordern Sie hiermit auf, die genannten Sperren bis spätestens nächsten Dienstag bedingungslos rückgängig zu machen, anderenfalls die organisierten Maurer Frankfurts die eintretenden Folgen zu tragen haben werden.

Und wie bis Dienstag, den 31. Oktober, Abends, nicht in Besitze betrieblicher Antwort und zufriedenstellender Dispositionen Ihrerseits, so werden wir unverzüglich das Weitere veranlassen.

Achtungsvoll
Verband hauptgew. Unternehmer in Frankfurt a. M.
Der Ausschuss. S. A.: A. Gebauer.

Die Lohnkommission antwortete darauf wie folgt:
Frankfurt a. M., den 31. Oktober 1899.

Am
den Ausschuss des Verbandes hauptgewerblicher Unternehmer zu Frankfurt a. M.

Zu Ihrer Mittheilung vom 28. d. M. bemerken wir:

1. es ist wahr, daß organisierte Maurer der Firma Streit die Arbeit einstellen, weil sie bei Nichtorganisierten arbeiten sollten; es ist aber unwahr, daß die Arbeitseinstellung ohne Kündigung erfolgte;
 2. es ist auch wahr, daß zum Theil aus demselben Grunde bei der Firma Gohs & Arch die Arbeitseinstellung erfolgte; der Hauptgrund war jedoch die Verhandlungsweise, die den dort beschäftigten Maurern zu Theil wurde;
 3. es ist unwahr, daß bei der Firma Probst die Arbeit eingestellt wurde wegen Nichtzahlung eines Stundenlohnes von 48 %; sie erfolgte vielmehr wegen der unangemessenen Arbeitsbedingung. Es ist aber wahr, daß Herr Probst erklärte, er könne den Lohn nicht bewilligen, er verhoffe sonst gegen den Beschluß der Unternehmerorganisation;
 4. erfolgte aus demselben Grunde die Arbeitseinstellung bei der Firma Krauer, nachdem sie dieselbe Erklärung wie Herr Probst abgegeben hat.
- Es war deshalb seitens der Maurer nicht willkürlich und unzulässig, ein solches Vorgehen einzuschlagen; es ist aber als willkürlich zu bezeichnen, daß die betreffenden Firmen entgegen dem Passus 5 unserer Abmachungen vom 8. September 1898 die Maurer zwingen wollten, in Accord zu arbeiten, und ist es jedenfalls ein großer Verstoß gegen die Abmachungen, wenn von Seiten des Verbandes hauptgewerblicher Unternehmer ein dahngehender Beschluß gefaßt wird.
- Der Aufforderung, bis heute die Sperren bedingungslos zu beenden, können wir unter diesen Verhältnissen nicht stattgeben und nehmen auch die angedrohten Maßnahmen nicht so tragisch, sehen denselben vielmehr ruhig entgegen. Finden aber heraus, daß eine Absicht Ihrerseits, die Abmachungen von 1898 festzuhalten, resp. den Frieden zu wahren, nicht besteht.

Achtungsvoll
Die Kommission der Maurer Frankfurt und Umgebung.
S. A.: Geint. Gerborn.

NB. Zur besonderen Mittheilung, daß das Bureau der Maurer sich Schmirgasse 86, 1. Et., befindet.

Auf dieses Schreiben antworteten die Unternehmer nicht mehr, sondern beschloßen in einer am Mittwoch, 1. November, stattgehabten Generalversammlung ihres Vereines Folgendes: „Sammlichen, die Organisation angehörenden Maurern ist auf nächsten Samstag, den 4. November, die Arbeit zu kündigen. Unter Hinweis auf § 9 der Statuten Verpflichtung gegenfeitiger Unterstützung ersuchen wir unsere Mitglieder, den Beschluß sofort zur Ausführung zu bringen.“ Weiterende Erklärung wollen Sie sofort nach Erhalt auf Ihren sämtlichen Baustellen zum Ausdruck bringen und nur solche Arbeiter weiter beschäftigen und bis auf Weiteres neu anstellen, welche die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie bei der Lohnkommission vertretenen Organisation der Maurer nicht angehören und zwar in folgender Weise: Ich erkläre, daß ich der Organisation der Maurer Frankfurt und Umgebung nicht angehöre.“

Konform diesem Beschlusse, der den ganzen terroristischen Charakter der Bauunternehmer offenbart, prangte am anderen Morgen auf allen Baustellen der Mitglieder des Unternehmerverbandes folgender Ukas:
An meine Maurer! In den letzten Tagen haben bei mehreren hiesigen Firmen auf Veranlassung der Lohnkommission

der Maurer Arbeitseinstellungen stattgefunden, weil organisierte und nicht organisierte Arbeiter an einer und derselben Baustelle beschäftigt worden sind. Es widerspricht diese Arbeitseinstellung entschieden dem Bestreben des vorjährigen Streiks getroffenen Übereinkommen vom 7. September 1898, in welchem unter Nr. 10 festgelegt wurde, daß „Maßregeln zu treffen sind, um die Arbeit nicht stattfinden zu lassen“. Wir sind es unseren der Organisation nicht angehörigen Arbeitern unbedingt schuldig, sie gegen eine derartige Gewaltmaßregel der Lohnkommission zu schützen, und sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, da unser Verlangen nach Aufhebung der verhängten Sperren von der Lohnkommission abgelehnt wurde, allen Mitgliedern der Organisation auf nächsten Samstag die Arbeit zu kündigt.

Verband baugewerblicher Unternehmer in Frankfurt a. M.

Die Unternehmer suchen also die Gesellen als das Karmel, welches angefangen hat, hinzustellen, während sie die reinlichen Aufschwümländer sind. Es steht nun aber einem Dieb nicht an, einen Anderen ein Spitzbuben zu heißen. Wenn die Maurer sich des Kontraktbruchs haben schuldig gemacht, so ist dies von den Unternehmern ebenfalls zu behaupten und nachzuweisen. In der Vereinbarung vom 7. September v. J. heißt es unter 1.: „Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige, und unter 5.: „Arbeitszeit findet nur auf Wunsch der Arbeiter statt.“ Organische Bestimmungen haben einzelne Mitglieder der Unternehmerorganisation getroffen. Sie haben trotz des Vertrages anstatt 10 Stunden täglich deren 11 arbeiten lassen. Alle Beschwerden der Lohnkommission sind unberücksichtigt geblieben, sie sind zurückgewiesen mit dem unwahren Behauptung, die Gesellen wünschten länger zu arbeiten; und ähnlich so, oder vielmehr noch schlimmer, hat es sich mit der Akkordarbeit verhalten.

Es kann nachgewiesen werden, daß die Unternehmer trotz des Vertrages in einer ihrer Bestimmungen ungenau formuliert haben; die Akkordarbeit allgemein wieder einzuführen. Die Unternehmer haben also Kontraktbruch begangen; sie dürfen die Bestimmungen des Vertrages nicht einseitig außer Kraft setzen; sie müssen, wenn sie Änderungen wünschen, sich mit der Lohnkommission der Gesellen verständigen. Und dies ist nicht geschehen. Auch Absatz 7 jener Abmachung, wonach bei verzögertem Lohnverdienst möglichenfalls bis zur Höhe von achtzig Prozent geteilt werden sollten, ist von den Unternehmern niemals nicht befolgt worden. Die Sperren vom Verband baugewerblicher Unternehmer haben also gar keine Ursache, in höherer richtiger Entscheidung den Gesellen Kontraktbruch vorzuwerfen, umgekehrt wird eher ein Schuld daran.

Wenn die Sperren erwartet haben, ihr den Nichtorganisierten freundlich bewilligter Schutz werde die Wirkung haben, daß ein großer Teil organisierter Kollegen dem Verbands untreu werden würde, so haben sie sich geirrt. Es ist nicht nur kein einziger Kollege abgegangen, sondern die wenigen der Organisation nicht angehörenden Kollegen haben den Gewaltstreik der Unternehmer ebenfalls mit der Arbeitsüberlegung beantwortet; sie halten jetzt treu zu ihren organisierten Mitbrüdern. Von den in Frankfurt das Baugewerbe ausübenden Unternehmern ist nur ja die Hälfte dem Verbands angeschlossen und nur diese haben die Ausprägung vollzogen, diese davon auch wohl nur weiterstreben. Die andere Hälfte ist unorganisiert und läßt weiter arbeiten. Die Situation ist also für die Ausgeschlossenen nicht ungünstig. Da viele und dringende Arbeiten vorliegen, so steht zu erwarten, daß unsere Kollegen bald als Sieger aus dem ihnen aufzunehmenden Kampfe hervorgehen.

Die Baugewerkschmung „Zahnhüte zu Hamburg“ hat beschlossen, vom 15. März 1900 an einen 8 Stunden Lohn von 65 A mit 14 Stunden Arbeit zu bis zum 15. März 1900 zu bewilligen (früher 60 A und 10 Stunden). Der Vorstand ersucht die Mitglieder dringend, in Zukunft den entlassenen Gesellen Entlassungsgeld auszuschütten; und bei Anstellung von Gesellen Einfluß vom letzten Entlassungsgeld zu nehmen.

Stukkateure.

Jung von Stukkateuren ist fern zu halten von Leipzig und Nürnberg.

In Nürnberg haben die Unternehmer im Stukkaturgewerbe die schlechte Geschäftslage dazu benutzt, den Lohn um 2 bis 5 A pro Stunde zu kürzen. Die Gesellen liegen diesem gemeingefährlichen Treiben ziemlich nachsichtig gegenüber, da von den 900 in Nürnberg beschäftigten Stukkateuren nur 160 organisiert sind. Die Indifferenten denen ja jetzt auch die Lebenshaltung beschnitten wird, sollten doch bald zur Einsicht gelangen, daß sie nur durch die Organisation im Stande sind, ihre Lebenshaltung auf einer Höhe zu halten, wie sie einigermaßen ihrer Menschenwürde entspricht.

* Der Tischlerstreik in Berlin hat nach dreiwöchiger Dauer mit einem glänzenden Siege der Gesellen abgeschlossen. Die Arbeit ist am Montag, den 6. d. M., wieder aufgenommen worden.

Aus innerer Bewegung.

(Redaktionsstück für Versammlungsberichte und Eingangsdatum Montag Abends 8 Uhr.)

Bestellungen auf die Nr. 22 des „L'Operato Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 13. November, eingegangen sein. Später einkaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon dienstags früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operato“: Oscar Wolff, Hamburg-St. Pauli, Martini 15, 2. Et.

Am Sonntag, den 22. d. Mts., fand in Bochum im Lokale des Herrn Köster eine Versammlung der christlichen Maurer statt. Es sollte hier neben der Zahlstelle des Zentralverbandes noch ein christlicher Maurerverband gegründet werden. Der Einberufer dieser Versammlung war der Maurerpartei Anton Schmidt, welcher im Jahre 1897 und auch in diesem Jahre als

Streikführer gearbeitet hat. Er machte bekannt, daß kein Mitglied aus dem Zentralverband in das Bureau gewählt werden könne, weil nur christliche Maurer zu dieser Versammlung eingeladen seien. Diese Ausführungen riefen einen großen Tumult hervor. Es wurde von den Kollegen des Zentralverbandes dagegen energisch protestiert. Zum wurde die Vorstandsliste per Stimmgabel vorgenommen. Die christlichen Maurer Schmidt, Strudmann und Müller erhielten 79 Stimmen, dagegen Strudmann, Gerstung und Brandt 86 Stimmen. Die Letzteren übernahmen das Bureau. Der überwachende Polizeiwachmeister Spiel hatte nichts Günstigeres zu thun, als den Kollegen Strudmann aufzufordern, er solle dafür Sorge tragen, daß die Ruhe wieder hergestellt würde. Beim Anfang der Versammlung war bedeutend mehr Unruhe; man hat aber nicht gehört, daß auch dem christlichen Einberufer diese Aufforderung gestellt wurde. Strudmann ergriff die Einberufer dieser Versammlung den Anwesenden die Ziele und den Mangel des christlichen Maurerverbandes näher zu erklären. Dieser hatte aber nichts eiligeres zu thun, als so schnell wie möglich den Saal zu verlassen. Kollege Strudmann wies in seinen Ausführungen auf den Mangel des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hin. Er bemerkte: Im Jahre 1898 wurde ein Lohn von 88-87 A pro Stunde gezahlt. Der höchste Zahlstelle gelang es aber, den Lohn im Jahre 1897 auf 48 A in die Höhe zu bringen, und auch in diesem Jahre ist es den organisierten Kollegen nur zu verdanken, daß jetzt teilweise ein Lohn von 46 A pro Stunde gezahlt wird. Aber gerade die christlichen Maurer sind es gewesen, die stets als Streikführer gearbeitet und uns auf diese Art und Weise den Kampf erschwert haben. Strudmann begrüßt es mit Freuden, daß die Kollegen den Nutzen der Organisation erkannt haben; aber er zweifelt daran, ob die christlichen Maurer selber zu dieser Einsicht gelangt sind. Es ist sehr leicht möglich, daß die Unternehmer ihre Hand im Spiele haben; denn sie haben erkannt, daß der Zentralverband nicht zu untergehen sei, und um Zwietracht zwischen den Kollegen zu säen, soll der christliche Maurerverband gegründet werden, damit die Unternehmer ihre Zeichen ordentlich fallen können. Einnützliche Kollegen, auch die christlichen, die noch dort geblieben waren (ein Hehl sollte schon früher der Saal verlassen), spendeten Strudmann Beifall. Kollege Winter sowie Dornier forderten die Anwesenden, und noch Fernstehenden auf, sich dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands anzuschließen, um dann vereint den Unternehmern dasjenige abzutrotzen, was uns rechtmäßig zusteht, damit der Hunger nicht immer an die Thüre pocht. Nachdem Strudmann die christlichen Maurer nochmals aufgefordert, sich doch zum Wort zu melden, was aber nicht geschah, so wurde mit einem brandenden Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands, die interessante Versammlung geschlossen.

Die Lohnkommission der Maurer Bremens richtet an die dortigen Kollegen nachstehenden Aufruf. Sie schreibt: Es ist ja nun einmal in unserer Tage Brauch, daß ordentlichste Unternehmer auswärts Arbeit nehmen und auswärts die Unternehmung ihrer Arbeiten ausführen. So hat auch jetzt hier ein Unternehmer aus Lage in Detmold den Bau eines Kinosens übernommen. Hiergegen wäre nun allerdings wenig einzuwenden, wenn die auswärtsigen Unternehmer auch die am Orte geltenden Löhne und Arbeitsverhältnisse berücksichtigen; dies ist aber sehr oft nicht der Fall und auch bei dem Unternehmer aus Lage trifft dies zu. Wie verkauft, sollen die Kollegen, die von dem Unternehmer mitgebracht wurden, nur 46 A pro Stunde erhalten, während hier der Stundenlohn 52 A beträgt. Wenn es auch wahr sein soll, daß hier die Kollegen 50 A pro Stunde erhalten, so müssen wir doch diesen Lohnsmobus verdammen. Die auswärtsigen Kollegen kommen aus dem Nahesten aus Hamburg und Frankfurt a. M. Es scheint recht krautig mit ihnen bestellt zu sein; von Organisation haben sie keine Ahnung und der Lohn von 46 A ist ihnen hoch genug; denn in ihrer Heimat gibt es ja auch nicht mehr. Das sie aber durch ihr Verhalten den Lohn herabdrücken und die anständigen Kollegen schädigen, das ist ihnen nicht beizubringen. Sie wohnen und leben auf der Höhe, und es kommt ihnen daher auch auf eine Stunde Überarbeit nicht an. An die Maurer Bremens richtet wir aber das Ersuchen, dort nicht in Arbeit zu treten, und die bereits dort arbeitenden Kollegen erfragen wir, die Arbeit unter solchen unbilligen Verhältnissen nicht weiter fortzusetzen. Die Lohnkommission wird Schritte thun, um das Arbeitsverhältnis dort so zu gestalten, wie es bei uns üblich ist.

Die Zahlstelle Bremerhüttenloos hielt am 29. Oktober ihre nur sehr schwach besuchte Mitgliederversammlung ab. Als Kassierer wurde Kollege Hagen ernannt. Wegen zu schwacher Beteiligung wurde zu einem weiteren Punkte nicht geschritten. - Kollegen von Bremerhüttenloos und Umgebung, vergeht nicht eure Pflicht, der Ihr als Verbandskollegen nachzukommen habt. Beachtet besser die Versammlungen, agitiert, damit wir die uns noch fernstehenden Kollegen zu uns heranziehen; denn auch hier herrschen noch schlechte Zustände, die nur durch eine strenge Organisation zu verbessern sind. Darum auf, Kollegen, erpöcnen auch wir endlich aus unserem Schlafe; denn es ist an der Zeit, daß auch wir uns aufrufen und auch hier am Orte eine strenge Organisation zu Lage fördern, damit wir, sollte es mal zu einer Forderung kommen, dem Unternehmertum nicht einzeln gegenüberstehen. Einzeln sind wir garnichts, vereinigt sind wir Alles!

Für die am 25. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Charlottenburg war als Tagesordnung aufgestellt: Werden auf den Wauten die Vertragsbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Neubauten, Aborte und täglichen Arbeitszeit innegehalten? Als Referent war Kollege Schütz erschienen, welcher einen Überblick über die letzte Hauptkonferenz gab. Redner berichtete, daß häufig von Kollegen gefordert werde in Betreff der Arbeitszeit. Es dürfte nicht mehr vorkommen, daß länger gearbeitet werde, als in unserem Regulativ festgesetzt ist; unsere Aufgabe müsse sein, den Aufwändertag zu erringen. Auf verschiedenen Bauten seien traktierte Neubauten vorgefunden, die unseren Anforderungen nicht entsprächen, so z. B. diene auf einem auf dem Kirchhof in Wilmerdort belegenen Bau die Bekantammer als Bauhaus. Da die Behörde von solchen Mißständen in unseren Versammlungen Kenntnis erhalte, wäre es ihre Pflicht, Schritte zu schaffen. Mit den Aborten sehe es nicht besser aus; so spröde auf einem städtischen Schulbau der Abort jeder Verbesserung. Im Bezug auf die Arbeitszeit diene der Referent darauf aufmerksam, daß, wenn ein Unternehmer solche vorlege, niemand unterzeichnete, sonst gäben wir unsere Rechte aus den Händen. Schließlich hielt er Redner noch mit, daß die Unternehmer nachteilig und

Geseller wegen zu schlechter Arbeit den Akkord aufgehoben haben und wieder im Tagelohn arbeiten lassen. - Darauf wurde der Kollege Hagen (K) die Namen derjenigen (Schreibl Die Red.) aus dem Verbands ausgeschlossen. Als Delegierte zur Konferenz der Provinz Brandenburg wurden die Kollegen K. H. K. und B. J. J. gewählt. Ferner wurden den Schützmannen 4. 50 aus der Lokalkasse bewilligt. Zum Schluss wurde Kollege Schütz beauftragt, die auf Charlottenburger Gebiet arbeitenden Kollegen, welche gegen unsere Verhältnisse handeln, in der nächsten Versammlung bekannt zu geben, damit über dieselben entschieden werde.

Für den künftigen Grund fand am 27. Oktober im Kautz's Restaurant in Deuben eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege K. H. K. aus Ostia das Referat über das Thema: „Was will der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“ hielt. Redner erläuterte in 14stündigen Ausführungen die traurigen Verhältnisse im Baugewerbe und beantragte die schärfste Organisation der Kollegen am Orte und der Umgegend. Sodann beschloß die Gründung des Arbeitgeberverbandes, welche in Berlin am 1. März stattgefunden hat. Weiter betonte Redner die Arbeitsnot im Anfang der nunmehrigen Jahre und schloß die Unternehmern am 1. März. Auch den Streik in Dresden führte er mit an und kritisierte in scharfer Weise die Haltung der Kollegen im Streik gegen die schwarzen Parier und Fallender. Zum Schluss kam er auf die schwarzen Wästen in früheren Jahren in Leipzig und forderte die Anwesenden auf, dem Verbands beizutreten. In der Debatte sprachen sich einige Kollegen über die Mißstände im Baugewerbe aus und forderten die Kollegen ebenfalls auf, der Organisation beizutreten.

Die Einzelmitglieder in Halle a. d. S. hielten am 26. Oktober eine Versammlung ab. Kollege Jacob K. K. K., der als Referent erschienen war, legte in einflussreicher Rede den Kollegen klar, wie notwendig es sei, sich einer großen Organisation anzuschließen, denn nur durch diese ist es möglich, dem Unternehmer Widerstand zu leisten. Im Weiteren betonte er, wie sich die Arbeitgeber in Deutschland zusammenschließen und unter dem Vorhild des Baumeisters Fellich den Arbeitgeberverband gegründet haben. Dieser führe im Grunde einseitige Entlassungsgeld ein, welches, damit jeder Kollege, welcher denselben besitzt, getrennt ist. Lebhafte Beifall wurde dem Referenten gezollt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: In Anbetracht der Ausführungen des Kollegen Jacob aus Leipzig ersucht die Versammlung die Notwendigkeit der Organisation und verspricht, mit aller Energie für den Zentralverband der Maurer Deutschlands einzutreten. Sodann wurden die Mißstände auf den Bauten einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde der Antrag angenommen, den Zinssenkungskommission die Prüfung der Mißstände zu überlassen. Abgemacht wurde der Kollege G. K. K. als Korporeur für das Königreich, K. K. K. als stellvertretender Vertrauensmann, was als stellvertretender Kassierer gewählt. Die Kollegen wurden noch darauf aufmerksam gemacht, ihre Beiträge noch bis zur letzten Abrechnung zu entrichten. In „Verständnis“ wurde noch über das Akkordwesen gesprochen, daß schon jetzt wieder einige Kollegen den Beschluß durchbrochen hätten, auch wurden die Spezialarbeiten einer längeren Kritik unterworfen. Zum Schluss gibt der Redner bekannt, daß die Sperre beim Zimmermeister K. K. K. weiter besteht. Es traten zehn Kollegen dem Zentralverband der Maurer Deutschlands bei. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und auf das Weitergehen des Zentralverbandes geschlossen.

In Jherlosn lagte am 5. November im Lokale des Herrn Gustav Lange eine schwach besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Zahlung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder“. Als der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, ließen sich 8 Mitglieder neu aufnehmen. Beschlossen wurde, daß die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf 14 Tage eine öffentliche Maurerverammlung einzuberufen und zu derselben sämtliche Maurer aus dem Wahlkreis Altens-Jherlosn einzuladen, um einen Gesellenauschuss für die Sandwerterhammer zu wählen. Wir machen die Bewohnern der Zahlstelle Jherlosn und Lidenbüsch darauf aufmerksam und ersuchen sie, dazu Stellung zu nehmen und geeignete Kandidaten hierfür anzuschicken.

An die Zahlstellenverwaltungen Jherlosn, Elmberg, Lidenbüsch richtet die Verwaltung der erlgewählten Zahlstelle folgenden Aufruf: Am 1. November tagte in Jherlosn eine Versammlung, eintreten von den Innungsmeistern des Wahlkreises Altens-Jherlosn. Vertreten waren Maurer, Steinmetzer, Zimmerer und Stukkateure. Da aber nur Gesellen zugelassen wurden, die bei den Innungsmeistern beschäftigt waren, und da uns der gewählte Gesellenauschuss nicht gefallt, so richten wir an die Bauhandwerker die dringende Bitte, hergegen Stellung zu nehmen. Die Zahl der von den Meistern zusammengeschickten Gesellen aus Bernau, Jherlosn und Hennen soll sich, dem Bericht des Jherlosner Kreisangehöriger nach, auf circa 200 belaufen; es arbeiten aber in Jherlosn 239, in Hohenlinburg 280, in Altens 48, in Lidenbüsch 194 und in Hennen auch etwa über 100, so daß die Gesamtzahl über 700 beträgt. Also wäre der Ausschuss von einer Minorität gewählt worden. Den uns von den Meistern aufzubringenden Gesellen-Ausschuss können wir absolut nicht akzeptieren und haben deshalb für Sonntag, den 12. November, eine Besprechung in Jherlosn, bei Gustav Lange, am Nach, Nachmittags um 3 Uhr, festgesetzt, und ersuchen die Kollegen, zu dieser Besprechung zu erscheinen zwecks Aufstellung der Kandidaten.

Zwischmahl. In der am 1. November abgehaltenen Versammlung der hiesigen Kollegen sprach Kollege W. Frisch Berlin über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten. Als Delegierter zur Konferenz am 26. November in Berlin wurde Kollege G. K. K. gewählt.

Am Sonntag, den 22. Oktober, fand in Kreuznach eine öffentliche Maurerverammlung statt. Diefelbe war schwach besucht. Die Anwesenden erklärten, daß unter den Maurern Kreuznachs eine gewisse Furcht vor dem Unternehmertum vorhanden sei. Kollege Schütz führte den Kollegen in einer längeren Rede den Zweck und Nutzen der Organisation vor Augen. Er wies auch auf die großen Mißstände im Baugewerbe hin, die in den Orten, wo eine Organisation nicht besteht, am schärfsten zu Tage treten. Diese Mißstände zu beheben und die Lage der Maurer Kreuznachs und Umgebung zu verbessern, dazu bedürfe es einer guten und starken Organi-

station. Diese Wunde nur erreicht werden, wenn sämtliche Maurer sich dem Verbande anschließen würden. Kollege Franz Gedichtheim, welcher ebenfalls die missliche Lage der Maurer Kreuzgangs schilderte, forderte dieselben in zündenden Worten auf, aus dem Schlafe, in dem sie immer noch sich befinden, einmal zu erwachen und sich zu organisieren. Es ließen sich dann zehn Kollegen aufnehmen, welche auch versprachen, ihre Schlichtigkeit zu thun und zwar mit Hilfe der häuslichen Agitation eine gute Organisation ins Leben zu rufen. Vor Schluß der Versammlung wurde noch die Verwaltung gewählt.

In einer am 28. Oktober bei Herrn Rothenburg, Köhlerstraße 80/81 zu Landsberg a. d. W., abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung referierte Kollege Schütz über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation unter reichem Beifall der Anwesenden. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Redner die Versammlungsbesucher auf, wie bisher weiter zu agitieren, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wies derselbe Redner auf die am 28. November in Berlin stattfindende Konferenz hin mit dem Ersuchen an die Anwesenden, dieselbe durch einen Delegierten zu bezeichnen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und wählte den Kollegen Paul Fänike zum Delegierten. Zum Schluß wurde eine neuorganisierende Kommission gewählt, die einen neuen Statutentwurf an Stelle des am 21. Januar ablaufenden bisherigen Statuts auszuarbeiten und einer nächsten Versammlung vorlegen soll.

Am Mittwoch, den 25. Oktober, fand im Saale des Herrn Engelke in Linden eine Mitgliederversammlung statt. Kollege A. B. Paul referierte über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es entspann sich dann eine lebhafte Debatte über die Gründung einer Zählstelle in Linden. Kollege Kollie führte an, daß es den Linden Kollegen nicht immer möglich sei, den weiten Weg nach Hannover zur Versammlung zu gehen. Kollege R. D. P. erklärte, daß heute ein einmündiger Beschluß gefaßt werden könne, bereits in Linden 110 Kollegen dem Verbande anzugehören, so sei's auch an der Zeit, eine selbstständige Zählstelle zu gründen. Kollege Metzke wünschte, man solle diesen Winter noch von der Gründung der Zählstelle Abstand nehmen, da doch die meisten ihre Beiträge für dieses Jahr in Hannover bezahlt hätten. Paul schloß noch aus: Da Linden-Hannover ein einmündiges Arbeitsfeld sei, und die Hannoverischen Kollegen in Linden arbeiten und die Linden in Hannover, so müßten auch beide gemeinschaftlich arbeiten. Bei der Abstimmung waren 83 für und 3 gegen die Gründung einer Zählstelle. Als erster Redner folgte Kollege Georg Hase und als erster Kassier Joseph Kollie. Kollege Paul wurde beauftragt, die nächste Versammlung einzuberufen und uns einen Vortrag zu halten. Kollege Metzke ertheilte noch mit, daß sich viele Kollegen vertheilen lassen, nach Linden zu gehen, um dort das schmerzliche Handwerk als Streikbrecher zu betreiben. Er macht nochmals darauf aufmerksam, daß er merkwürdig an sich jetzt nach Linden gewandt hat, um Streikbrecher anzuwerben. Ein jeder Kollege müsse beibringen, dem betreffenden Gewerkschaftshaus das Handwerk zu legen. Um 11 1/2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Am 29. Oktober tagte in Syden eine öffentliche Versammlung der Maurer mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zur Gründung einer Zählstelle des Verbandes? Nachdem Kollege Wittig die Tagesordnung über diese Tagesordnung eingehend referiert hatte, wurde einstimmig beschlossen, eine Zählstelle für Syden zu gründen. Alle Anwesenden ließen sich in den Verband aufnehmen. Am Schluß der Versammlung erschienen der Meister S. Wolf aus Syden etwas angeheitert im Lokale und fragte die Kollegen, ob er noch sprechen dürfe. Dies wurde ihm erlaubt und so fing er in einem feigen Tone an und sagte, er bedauere nie die Maurer, die noch so dumme Wägen, für die Großstädte Geld zu sammeln, damit sie recht die Beamten anschauen können. Zu dem Kollegen Mittag sagte er: In Syden bedürfen die auch wohl noch Geld. Der antwortete ihm aber, die Maurer Deutschlands werden schon dafür sorgen, daß die Sydener Kollegen das wieder bekommen, was ihnen Meister Wolf abgezogen hat; denn im Sommer bekommen die Maurer 80 % pro Stunde, jetzt nur 77 %. Darauf bot Meister Wolf allen seinen Gesellen zu Mittag Feiern ab: Da lachten alle Kollegen und meinten, so schlimm wäre es wohl nicht. Darauf bestellte der Meister für jeden Maurer ein Glas Bier, aber das half auch nichts. Die Kollegen traten nicht aus dem Verbands aus. Zuletzt sagte der Meister zu dem Kollegen Mittag: Er habe auch noch 20 A. M. sollte ihn doch auch aufnehmen. Der erwiderte ihm aber, er solle erst in anderem Zustande kommen. In dieseigen Tagen fand eine Mitgliederversammlung statt, dann solle er sich einschreiben lassen.

Am 31. Oktober fand in Magdeburg die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Beim ersten Punkte der Tagesordnung verhandelt es Genosse Exber, mit einem hochbedachteten Vortrag über: Ein Blick in die Zukunft (Produktion und Konsumtion von Antizid) die Anwesenden zu fesseln; denn dieses bewies die Aufmerksamkeit während und der lebhafteste Beifall am Schluß des Vortrages. Bei einer sich hier anschließenden Diskussion, in welcher Referent nachmalig eingriff, hatte derselbe die Zuhörer auf seiner Seite. Von einer beantragten Fortsetzung der Diskussion in nächster Versammlung wurde Abstand genommen. Beim Punkte 2 der Tagesordnung erörterte der Kassier einen detaillierten Bericht über Kassenerrechnung vom 8. Quartal. Darauf wurde auf Antrag der Redner, welche die Fasse gepült und in besser Ordnung befunden hätten, dem Kassier Decharge erteilt. Im Punkte 3 der Tagesordnung entspann sich eine lebhafteste Debatte über einen Kollegen, welcher wünschte, wieder als Mitglied aufgenommen zu werden. Die Versammlung stimmte einem Antrag Schuch, diesen Kollegen wieder als Mitglied aufzunehmen, zu; somit wurde Kollege Altmeyer wieder in den Verband aufgenommen. Dem Wunsch des Kollegen Saul, welcher ebenfalls wieder Verbandsmitglied werden wollte, konnte nicht nachgegeben werden, weil derselbe nicht in der Versammlung erschienen und bereits ein Antrag gestellt angenommen war, welcher lautete: Jeder wegen Verletzung der Verbandsinteressen ausgeschlossene Kollege hat, falls er wieder Mitglied zu werden wünscht, zur Versammlung zu erscheinen und sein Anliegen derselben zu unterbreiten. Einem kranken, hilfbedürftigen Kollegen wurde auf ein an den Bevollmächtigten gerichtetes Gesuch um Unterstützung von der Versammlung 15 bewilligt. Nachdem noch zu Thierführern die Kollegen Richter und Mitzelhaus bestimmt waren, wurde die Versammlung, welche diesmal von keinem Beamten überwacht war, geschlossen.

Eine öffentliche Bauarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Die gegenwärtigen Kämpfe im Baugewerbe, und wie sind die vorhandenen Mängel zu beseitigen? fand am 22. Oktober in Memmingen statt. Als Referent war Kollege B. J. aus München erschienen, der Eingangs seiner Rede sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Versammlung nicht besser besucht ist, und daß die Bauarbeiter Memmingens all den wichtigen Ereignissen der letzten Zeit so gleichgültig gegenüber stehen. Zur Tagesordnung selbst wies Redner nach, wie der Lohn der Bauarbeiter seit 30 Jahren sich kaum verändert habe, obwohl die Lebensmittel- und Wohnungspreise damals bedeutend billiger waren; auch war damals in Winter viel eher Gelegenheit zu einer anderen Beschäftigung gewesen, als jetzt, wo durch das Maschinenwesen überall Arbeitskräfte überflüssig werden und die Bauarbeiter im höchsten Falle 40 Wochen im Jahre einen Verdienst haben, wozu noch die Feuerung der Wohnung und Lebensmittelpreise kommt. Redner wies dann auf die Mangelhaftigkeit und die Erfolge der Organisation hin, dabei auch die Mängel der Bauarbeiterkongressen in Berlin erwähnen, und betonte die Wichtigkeit der Einsetzung einer Delegiertenkommission auch für Memmingen, um Ungleichheiten zu beseitigen, ferner die Aufgaben einer solchen Kommission und forderte schließlich die Anwesenden auf, Mann für Mann ihren Organisationsbeiträgen. Dieser Beifall der Versammlung lohnte den Redner.

Am 29. Oktober fand von mehreren Kollegen der Zählstelle Neubamm eine kleine Zusammenkunft statt. Es wurde zunächst von dem Redner Metzke ein Vortrag gehalten, daß im nächsten Jahre eine Lohnforderung von 22 1/2 % pro Stunde und 10stündige Arbeitszeit, sowie am Sonnabend um 5 Uhr Feiertag mit Ausfall des Wepers stattfinden soll. Die Ueberland-Arbeitenden sollen am Mittwoch vor einem Festtage, diejenigen aber, welche auf den Bauten in Neubamm arbeiten, um 4 Uhr Nachmittag Feiertag haben. Es wurde dann noch von dem betreffenden Kollegen ausgeführt, daß alle Kollegen der Zählstelle Neubamm mindestens eine 10 A-Markte in die Streifenkasse einzuliefern und täglich im „Grundstein“ zu lesen haben. Dann erließ der provisorische Kassierführer Ruffe die Bekanntmachung, daß das Prokurator für die Ueberland-Arbeitenden fortan an die Kollegen Adels-Jäger, Stille-Fürstenseife und Wagt-Darmiegel, für die Ostfälischen Darmiegel, Quarcischen, Neumühl-Stugboer gefandt wird. Der Vorsitzende schloß dann noch den Kollegen Otto Ruffe als Delegierten zu der Delegiertenversammlung in Berlin vor und machte ferner bekannt, daß das Schulgen'sche Lokal in der Johannisstraße fortan das Vertretungskolleg der Kollegen sein soll. Allen Vorträgen wurde von sämtlichen anwesenden Kollegen Zustimmung.

Die Zählstelle Nowatow's hielt am 14. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt gegeben hatte, verlas der Kassier die Abrechnung vom dritten Quartal, welche als richtig befunden wurde. Dann wurde vom Kollegen Decker bekannt gegeben, auf was für eine Weise die Baupreise in's Leben gerufen wurde. Auf Nachfrage hätten, wie ihm erzählt worden, drei Berliner Arbeiter in Afford gearbeitet. Die verlässliche Mittheilung mit denselben hätten sie jedoch erklärt, für einen Tagelohn von 8.50, bei achtstündiger Arbeitszeit zu pügen, der Arbeitsmann erhalte 8.50. Die Lohnkommission habe darauf bei dem Geschäftsführer Müller der Kaufmanns-Menge um Aufklärung der Angelegenheit nachgesehen, und nach längerem Hin- und Herdenken die Auskunft erhalten, daß die Arbeiter nur 8 A Lohn erhalten, übrigens mache er (Müller) das wie er wolle. Schließlich lag auch noch mit der Staats-anwaltschaft drohend vor. Daraufhin hätten die hiesigen Kollegen die Arbeit eingestellt, worauf die drei Berliner ebenfalls aufgehört hätten und abgereist wären. Damit sei dann die Angelegenheit erledigt gewesen und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Mit dem Hinweis auf diesen durch Einigkeit erzielten günstigen Erfolg ermahnte Redner die Anwesenden zu treuem Verhalten an der Organisation.

Die Zählstelle Pöschel hielt am Sonnabend, den 28. Okt., eine Mitgliederversammlung ab. Es war die erste Versammlung in einem Zeitraum von vier Monaten, die etwas besser besucht war; sonst waren höchstens nur 8-6 Mann erschienen, diesmal waren es doch 14 Mitglieder. Endlich scheinen es die Kollegen doch einzusehen, daß es besser ist, wenn sie die Versammlungen besuchen. Wenn die Arbeit hier am Orte auch flau ist, so müssen wir doch erst recht zusammenhalten, wir haben es hier sehr notwendig. Als Schriftführer wurde H. P. gewählt, weil der bisherige sich in keiner Versammlung sehen ließ. Für den am Sonntag abgehaltenen Besuchsbesuch in Berlin ist damals Karl Behrens gewählt worden. Zu der in Göttingen am 12. November stattfindenden Konferenz wurde als Delegierter Karl Behrens und als „Grundstein“-Vertreter Simon und Friederich gewählt.

Am 28. Oktober fand in Nehausen, im Lokale von Lorenz Vogel, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Als Referent war Kollege G. E. erschienen. Das Thema lautete: Der Kampf des Arbeiters um seine Existenz. Sturmischer Beifall war der Zoll für den sachlich gehaltenen Vortrag. Nur wäre zu wünschen, daß solche Versammlungen noch besser besucht würden.

In einer öffentlichen Maurerverammlung, die am 27. Okt. in Stuttgart stattfand, sprach Kollege F. Kollie über: Ruhe und Frieden im Baugewerbe und die Absichten des Unternehmerverbandes. Derselbe führte aus, daß die Verhandlungen des Unternehmerverbandes in Karlsruhe sämtlichen Bauarbeitern zu denken gegeben haben. Er wies auf das alte und bekannte Sprichwort hin: Ein gutes Gewissen ist das beste Ruhepfälchen! und betonte, daß dies bei den Unternehmern hier nicht zutrefte, da sie beabsichtigen, durch eine Aussperrung, ähnlich wie in Danemarck, die Arbeiter müde zu machen und dadurch „Ruhe und Frieden“ im Baugewerbe herbeizuführen. Die Unternehmer hätten durch die Berliner Bewegung erfahren müssen, daß mit den Arbeiterorganisationen zu rechnen ist und daß ihre geplante Machprobe nicht so leicht durchzuführen sei. Auch würden die Entlohnungsschemen und andere Maßregeln gegen die organisierten Arbeiter nicht viel nützen, sondern das Gedeihen des Verbandes nur noch fördern. Derselbe habe sich in den letzten Jahren überall, in allen Theilen Deutschlands herbeigehört und die Lage der Arbeiter zu verbessern gesucht. Am Schluß ermahnte Redner, daß die Arbeiter für eine volle Fasse und einen großen Mitgliederbestand sorgen sollen, damit die Räume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Die Redner müssen gezwungen werden, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und die Organisation derselben anzuerkennen, dann könne Ruhe und

Frieden allgemein im Baugewerbe eintreten. Aus der sich anschließenden Diskussion ging hervor, daß man sich vor den Absichten des Unternehmerverbandes nicht fürchten dürfe. Die Kollegen werden es an Oberwilligkeit und Agitation nicht fehlen lassen.

Am 28. Oktober hielt die Zählstelle Regal eine öffentliche Maurerverammlung in „Maidmannshaus“ ab. Der Referent, Kollege Schütz, sprach über: Die Absichten des Unternehmerverbandes und empfahl besonders genaue Beobachtung der Arbeitszeit. Jeder Kollege möge die Vertragsbestimmungen, welche in jeder Baubüchse aushängen, durchlesen, um darnach zu handeln. Der Referent zeigte uns ferner an, daß eine Hauptversammlung wegen der Baubüchsen, Afford- und Verbandskassenfrage in Berlin stattfinden werde. Für seine Rede, welche sehr ermutigend war, wurde ihm volle Anerkennung gezollt.

Stuttareu.

Eberfeld. In einer der Bauereis am 29. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung der Stuttareu wurden nach einem kurzen Bericht sechs Kollegen zu Kandidaten der Ortskrankenkassenverwaltung ernannt. Den Bericht vom Kartell erstattete Kollege Kleff. Besonders betonte Redner, daß es an der Zeit sei, sich ein eigenes Gewerkschaftsbüro zu bauen. In „Verständenes“ wurde beschlossen, die Lampenarbeit so viel wie möglich zu vermeiden.

Karlsruhe. Am 29. Oktober fand im „Europäischen Hof“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die trotz Einladungen an die Kollegen leider schlecht besucht war. Zunächst erstattete Kollege Wäber den Kassienbericht: Gesamteinnahme: An Wochenbeiträgen = 20 A 85, Eintrittsgelder = 50 A 15, Quartalsrechnen = 1.50, zusammen = 81.60. Von den Wochenbeiträgen verbleiben 85 pZt. = 17.25, sowie 2 pZt. Mantelgeber = 1.80, zusammen = 24.05, in der Kasse; bleiben an die Hauptkasse abzuführen = 67.45. Das Filialvermögen beträgt: Kassenbestand vom letzten Quartal = 11.80, 35 pZt. der Wochenbeiträge = 6.22,75 und 80 A sonstige Einnahmen, zusammen = 84.35. Ausgegeben wurden 1.80, bleibt ein Filialvermögen von = 83.05. Der Bericht wurde von den Kollegen genehmigt. Zu der am Sonntag, den 5. November, hier selbst stattfindenden hiesigen Bauarbeiterkongressen wurde Kollege Steinbach einstimmig als Delegierter gewählt. An Stelle des Kollegen Freitag wurde Kollege Heimann in das Gewerkschaftskartell gewählt. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die in 14 Tagen stattfindende öffentliche Versammlung hin und forderte die Kollegen zu wirksamer Agitation auf.

Stuttgart. Am 28. Oktober tagte eine öffentliche Versammlung der Stuttareu mit der Tagesordnung: 1. Die Fensterfrage und der Bericht der dazu gewählten Kommission. 2. Gewerkschaftliches und Disziplin. Der erste Punkt erledigte sich dadurch, daß die Versammlung gewillt ist, den Beschluß der Mittwoch-Versammlung hochzuhalten und infolgedessen von Montag ab in den Fensterstreik einzutreten. Im Laufe der Debatte sprachen sich mehrere Redner dahin aus, daß diese schwerwiegende Frage endlich einmal zu unseren Gunsten zu regeln sei. Es wurde ein Antrag angenommen, den Vertrauensmann zu beauftragen, am 30. Oktober im Vereinstokal zu tagen, um von den sich dort einfindenden Kollegen, welche in den Streik eingetreten sind, eine Kommission zu bilden, welche verpflichtet ist, die Zeitung bis zur nächsten Versammlung in die Hand zu nehmen. In der Unterstützungsfrage wurde der Antrag angenommen, vom zweiten Tage ab den verheiratheten Kollegen 16, für jedes Kind 1, und den ledigen Kollegen 10 pro Woche zu gewähren. Zu gleicher Zeit werden die arbeitenden Kollegen verpflichtet, 10 pZt. vom Verdienst an die Streikkasse abzugeben. Im zweiten Punkte wurde das Verhalten der Zöpfer gerügt, indem sie den Stuttareu in heutiger Versammlung die Namen und den Ort, wo die Verhöhnung passiert sein sollte, nicht anzeigten. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Stuttareu beschließen, den Artikel der Zöpfer betreffs Verhöhnung von Seiten der Stuttareu gegenüber der Kontrolle der Zöpfer in der Fensterfrage so lange als Verleumdung anzusehen, bis die Betroffenen den Wahrscheinlichkeit erbracht haben. In Weiterem wurde das Verhalten einzelner Kollegen scharf gerügt, die gegen die Beschlüsse der Versammlung betreffs der Arbeit, sowie des Arbeitsnachweises verstoßen hätten.

Am 4. November fand eine öffentliche Stuttareuversammlung statt. Die Erfolge betreffs der Fensterfrage sind im Allgemeinen gute zu nennen, wenn auch, jedenfalls heraus durch die milde Witterung, in einigen Gegenden noch verheerenden Kollegen noch bei offenen Fenstern gearbeitet wird. Bei dem Beschluß vom 25. Oktober, dahin lautend: Am 1. November ist auf den Bauten wo die Arbeitenden nicht vor Zugluft geschützt sind, die Arbeit einzustellen und sind die betreffenden zu unterstützen - nicht hochgehalten, verliert das Recht auf Unterstützung. Notwendig machte sich die Neuwahl eines Mitgliedes zum Agitationscomité, da der betr. Kollege abgereist ist. In „Gewerkschaftliches“ kamen Verträge gegen Lichtarbeit und Nachweis zur Sprache. Die während des an Kollegen Streits, ausgehenden Gelder gehen recht häufig ein und soll deshalb energisch vorgegangen werden.

München. Am Sonntag, den 29. Oktober, tagte im „Senefelderhof“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Stuttareu. Zu Punkt 1: „Stellungnahme zur Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohnes“, wurde nach kurzer Debatte der bereits von anderen Gewerkschaften angenommenen und allgemein bekannten Resolution zugestimmt. Die unter Punkt 2 der Tagesordnung folgende Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Vergebung des neuen Postgebäudes an Herrn Feil in Regensburg. Die Sachlage wurde vom Kollegen Berger in ungefähr wie folgt ausgeführt: Herr Feil übernahm die Zimmerarbeiten für 2.1000-Mark billiger, als die hiesigen Meister. Er beschließt ebenfalls, die Regensburger Verhältnisse in München einzuführen, das heißt 11stündige resp. 10stündige Arbeitszeit bei einem geringeren Tagelohn als bei, welcher hier seit Jahren besteht wird. Aufgabe der hier in München anwesenden Stuttareu ist es nun, dieses die Münchener Stuttareu schwer schädigende Vorgehen mit allen zu Gebote stehenden geeigneten Mitteln zu bekämpfen. Kein Stuttareu, organisiert oder nicht organisiert, lasse sich herbei, bei Herrn Feil unter den hierorts eingeführten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Denn wenn einer Lohnherabsetzung und Verlängerung der Arbeitszeit nicht mit allen Mitteln entgegengetreten wird, so steht es außer allem Zweifel, daß sich die hiesigen Arbeitgeber den Vorgehen des Herrn Feil anschließen und die Münchener Stuttareu in die früheren Verhältnisse zurückgebrängt werden. Es werden

die nicht organisierten Kollegen dringend aufgefordert, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen...

Krankenkasse.

Samburg. Die herteljährliche Mitgliederbesammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer usw. Grundstein zur Einigkeit...

deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 3 des 8. Jahrganges unter Anderem: Die Eintragung der Arbeitervereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch...

Briefkasten.

* Für die Nr. 47 unseres Blattes muß der Buchtagungs wegen Schluß der Redaktion für alle Einblendungen...

Abrechnung

Table with financial data: über den Maurerstreik in Berlin, Zahlstelle III, Rahlsputzer. Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Includes amounts like M. 1000, M. 2928,40.

Literarisches. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 5. Heft des 18. Jahrganges erschienen...

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Samburg.

Bekanntmachung.

An die Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder. Laut Beschluß des letzten Verbandstages sollen Feststellungen gemacht werden über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder...

- 1. Uebermittlung des Aufnahmematerials an die Mitglieder. 2. Kontrolle, ob die Mitglieder die erforderlichen wöchentlichen Notizen gemacht haben. 3. Mitgliederbesammlung des Aufnahmematerials und Zusammenstellung desselben.

Die Monate Dezember, Januar und Februar sind laut Statut, soweit der Verbandsbeitrag (nicht Streifenfondsbeitrag) in Frage kommt und in den Zahlstellen nicht anders beschlossenen wird, betragsfrei.

Diese Einrichtung ist getroffen, um zu verhüten, daß, während der im Winter durch die Witterungsverhältnisse bedingten allgemeinen Arbeitslosigkeit Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gezwungen werden müssen.

Der genannte Zweck kann aber nur dann erreicht werden, wenn die Mitglieder schon vor Beginn des Winters ihren Beitrag für dieses Jahr voll zahlen.

Für Mitglieder, welche im Herbst nach Hause reisen.

Diesigen Mitglieder, welche mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Orte ihren Aufenthalt nehmen, an dem eine Verbandszahlstelle nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam...

Wollen die Kollegen aber lieber mit der Zahlstelle, der sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben und sich von dort aus dem „Grundstein“ anstellen lassen, dann sieht dem nichts im Wege.

Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, die Mitglieder auf Obiges aufmerksam zu machen. In gleicher Zeit ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, wenn Mitglieder abreisen und den „Grundstein“ von der Zahlstelle nicht beziehen, nicht zu vergessen, auch die entsprechenden Zahl Exemplare des „Grundstein“ abzugeben.

Reiseunterstützung

wird in diesem Jahre vom 1. Dezember an gezahlt. Alle Zahlstellen, die auf Grund des § 8 des Statuts Reiseunterstützung auszusprechen müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstüttung auszusprechen haben.

Plakate zum Zwecke der Bekanntgabe lassen wir in diesem Jahre nicht anfertigen.

Die Reisekarten werden vom 15. November an ausgestellt und zwar für Kollegen, die mindestens ein Jahr Mitglied sind und ihren Verbandsbeitrag für dieses Jahr voll und mindestens M. 5 zum Streifenfonds gezahlt haben.

- a) die am 1. Dezember 1899 noch kein ganzes Jahr bestanden haben; b) welche in einem Umkreise von 12 km um größere Städte liegen (sofern der Ort keine Stadt ist); c) die sich in Dörfern mit weniger als 8000 Einwohnern befinden.

Die unter a genannten Zahlstellen sind im Adressenverzeichnis mit einem + und die unter b und c genannten mit einem * bezeichnet.

Auszahlungsslisten und weitere Anweisungen gelangen in nächster Zeit zur Verbenbung.

Vom Vorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Düsseldorf, Schwartau, Aychen und Walb.

Mit verloren gemeldet

sind die Mitgliedsblätter der Kollegen Karl Becker (Buch-Nr. 92035), Wilhelm Frehe (Buch-Nr. 84124), Chr. Gewalt (Buch-Nr. 100680), Fr. Derbilla (Buch-Nr. 0104901), Jof. Fleck (Buch-Nr. 034256), Peter Schilling (Buch-Nr. 62625), Otto Nischke (Buch-Nr. 84969).

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15a resp. b des Statuts von den Zahlstellen: Schaafheim: August Krüppel (Buch-Nr. 071015), Jacob Wuhl (Buch-Nr. 01133); Steinbach i. L.: Paul Winderker (Buch-Nr. 90501); Dennhausen: Heinrich Bogt (Buch-Nr. 87047) aus Dönnhagen.

Der Vorstand.

S. A. E. H. B. m. e. l. b. u. r. g., Vorsitzender.

In der Zeit vom 31. Oktober bis 6. November sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Weidenhausen M. 242,67, Duerfurt 201,99, Erxleb 4 v. d. Elbe 163,75, Meindorf 133,25, Tschendorf 129,64, Eckher 112,11, Weiskauer 91,78, Oberelmsbach 77, Schwerte a. b. Ruhr 70,10, Eppelheim 5, Habelberg 68,80, Wöhrle b. Döhrum 66,05, Bredenscheid 62,63, Rillingen 59,14, Wittenburg i. Westf. 51,60, Bedam 11,48, Mothe a. Sand 9,64, Dönnhausen 8,45, Nienisch 77,89, Welterstadt 78,78, Gallenstein i. Lamm 61, Weiskauer 50, Lage i. Ruppe 64,40, Samzig i. S. 14,64, Weiskauer 200, Böln a. Rh. 100, Werden 20, Neuhau 27,20, Altona 38,05, Dönnstedt 216, Spandau 100, Schweinitz 100, Wunsau 77,78, Lügen 56, Seimb 5, Gr. Umstadt 1,80, Dönnbach 180,01, Weiskauer 63,85, Artern 48,94, Hildesheim 43,49, Bergheimen 47,26, Gr. Kreuz i. d. Wart 45,45, Welter i. d. Wart 12,70, Gr. Schönebeck 106,72, Heildronn 90, Bomm 82,25, Stellingen 61,30, Neuenageme 21,85, Burglarer 12, Neumünster 100, Brees 45, Oberburg 30,88, Böllin 194,23, Samm i. B. 24, Bergedorf 74,80, Fürstentwale 60, Wpenick 25, Birna 188,68, Elmshorn 141,85, Burgheide 116,88, Weiskauer 104,40, Bargeheide 43,75, Striegau 82,25, Stendal 5,36, Leipzig 800,

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Dr. S. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes

Wilschshaben 200, Wiesbaden 120, Königswusterhausen 100, ...

Streichfunds.

Wiesfeld M. 200, Quercourt 37,20, Erbitz a. d. Elbe 64,48, ...

Für Protokolle vom V. Verbandstage in Berlin.

Annaburg M. 5, Riffingen 2,50, Friedrichsberg b. Berlin 18,75, ...

Für gelieferte Flugblätter.

Weißwasser M. 4,80, Hamm-i. B. 4,80, Summa M. 9,60.

Berichtigung.

Statt der in Nr. 43, unter Wölig für Protokolle vom fünften Verbandstage ...

Hamburg, den 6. November 1899.

Z. Köster,

Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16. 1. Et.

Bekanntmachung des Generalbevollmächtigten.

Kontakionsbezirk Dortmund. In die Agitations-Kommission sind ...

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Glaser (Weißblinder) und Stuhlkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“ (z. H. Nr. 7).

In der Woche vom 29. Oktober bis 4. November sind folgende Beiträge eingegangen: ...

Zuschüsse erzielten: München M. 100, Heidelberg 100, ...

Altona, den 4. November 1899.

Karl Meiß, Hauptkassier, Friedrichsbadestr. 28.

Anzeigen.

(Schloß für Anzeigen-Aannahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht man alle Todesfälle der ...)

Klein-Schnalbach. Durch einen Sturz verlor ich plötzlich ...

Schiedwig. Am 30. Oktober verlor nach langen Leiden ...

Ehre ihrem Andenken!

Berlin, den 23. Oktober 1899.

Öffentliche Sitzung des Kgl. Schöffengerichts I.

In der Privatklage des Gastwirts Johann Pfarr zu Berlin gegen den Maurer Wilhelm Kunow, ...

Die Angeklagte behauptet, aus Mißverständniß den Kläger ...

Achtung, Neudamm!

Sonntag, den 12. November, im Lokale Paul & Wilhelm Schulze, Fabrikenstraße: Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag. 2. Bekanntmachung des Kassensandes vom letzten Quartal. ...

Zahlstelle Strausberg. Am Sonnabend, den 18. November, Abends 8 Uhr, im Lokale von August Hölzer, „Bürgergarten“: Erstes Winterfest.

Alle Kollegen, auch die unorganisierten, in Strausberg und den umliegenden Zahlstellen sind freundlich eingeladen.

Sonnenberg bei Wiesbaden. Wir theilen hierdurch mit, daß wir am Sonntag, den 19. November, unser Stiftungsfest feiern im Lokale des Herrn Franz Heim, „Zum Kaiser Adolph“.

Zahlstelle Wolfenbüttel. Die Kollegen Berlins, die in Wolfenbüttel arbeiten und ihr Reisegeld noch nicht zurück geschickt haben, ...

Achtung! Ich mache hierdurch alle Kollegen der Zahlstelle Neudamm darauf aufmerksam, daß nicht mehr der Kollege Otto Wulke, sondern ich von jetzt an alle Sonntage die Verteilung entgegennehme.

Zahlstelle Zehdenick. Die Kollegen von Tempzin und Umgebung werden ersucht, ihre Verbandsbeiträge bei Friedrich Gütsch in Tempzin, Königstraße, zu bezahlen.

Chrenerkklärung. Die Forderung, welche ich dem Kollegen Julius Tessen-dorf zugestimmt habe, nehme ich hiermit zurück.

Zeugen gesucht. Dem Maurer Aug. Stannil fiel im Juli d. J. auf dem Bau der Firma Held & Franks, ...

Konzert-Mundharmonikas mit Messingplatten, gebräuteten Messingbecken und aufgeschraubt 40 Töne ...

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 19. Sehen erschauen: Protokoll des Parteitag zu Hannover. 304 Seiten stark. Preis 50 A., gebd. 75 A. - Porto 20 A.

M. Mosberg's Isländer mit der Schutzmarke sind anerkannt die besten! Nur echt mit dieser Marke!

Zur Beachtung! Durch neue Riesenvorräthe bin ich jetzt wieder in der Lage, alle Aufträge sofort auszuführen!

M. Mosberg, Bielefeld, 45 Breitestraße 45.

Kollegen Deutschlands! 1899, prima, 2 Schmeier, M. 6. ...

J. Blume & Co., Hamburg. Täglich Versand unserer bekannten, echt englisch - Iedernen und Manchester Arbeits-Artikel und Isländer-Jacken. ...

Weltberühmte Hamburger Spezialartikel für Maurer und Zimmerer.

Beste Arbeitsgarberoben. Prima Isländer. Preisliste gratis. ...

Quittungsmarken und Kautschukstempel.

Neuert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.

Fraktionsbild der sozialdem. Partei 1898.

Quittungsmarken, Lokalfondsarten, Streichfundsarten, ...

Arbeitsmarkt. Tüchtige Maurer für dauernde Winterbeschäftigung bei hohem Lohn ...

Veranstaltungs-Anzeiger. Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 A. ...

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, 12. November.

Allenstein. Nachmittags 6 Uhr im Lokale des Herrn Wionet, Bahnhofstraße. ...

Mittwoch, 15. November: Berlin III. Abends 8 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. ...

Sonntag, 18. November: St. Johann. Außerordentliche Mitgliederversammlung. ...

Sonntag, 19. November: Geesthacht. Nachmittags 2 Uhr bei G. Jores. ...

Öffentliche Versammlungen. Sonntag, 12. November: Zlelenzig. Nachm. 3 Uhr bei Wille, Offentl. Maurer- und Zimmererver-sammlung. ...

Sonntag, 19. November: Dennhausen. Nachm. 3 Uhr bei Offentl. Bauhandwerker-Versammlung bei Steinen. ...

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.